Einzelpreis 1.50 Mk. Donnerstag, den 18. Mai 1922 5. Jahrg. Nummer 218

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 59,— M., für das übrige Ausland 57,— M.

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Haag endgültig Tagungsort

Die Russen geben nach

Genua, 17. Mai

Die Sitzung der Unterkommission der Ersten Kommission trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Schanzer zusammen. Tschitscherin erhob zunächst Beschwerde dagegen, daß die russische Delegation von den Beratungen der Unterkommission ausgeschlossen gewesen sei, und daß der russische Vorschlag auf Einberufung einer Sachverständigenkommission nicht in der vorgeschlagenen Form angenommen worden sei. In Genua waren alle Staaten, einschließlich Deutschland und Rußland, unter gleichen Bedingungen vertreten. Auf der geplanten Konferenz in Genua soll Rußland nicht vertreten sein. Für diesen Plan kann Rußland nicht die Verantwortung übernehmen. Auch gegen den Ausschluß Deutschlands erhebt die russische Delegation Einspruch.

Bezüglich des Planes, den Haag als Sitz der Sachverständigenkommission zu wählen, sagte Tschitscherin, die russische Delegation halte es für erforderlich, daß diese Kommissionen in einem Land zusammentreten, das durch Verträge mit Rußland verbunden sei und eine russische Vertretung besitze. Als passender Ort würde Stockholm oder Riga in Frage kommen, indessen sei man auch mit London oder Rom einverstanden. Der Burgfriedenspakt werde nur wirkliche Bedeutung für den Frieden Europas haben, wenn er sich auf alle Sowjetrepubliken und auf die Republik des Fernen Ostens erstrecke. Jeder Angriff gegen eine mit Rußland verbündete Republik komme einem Angriff auf Rußland gleich. Deshalb soll Artikel 6 des Paktes auf alle mit Rußland alliierten Republiken ausgedehnt werden. Während der letzten Jahre seien Angriffe auf Sowjetrußland nicht nur von regulären Armeen, sondern auch von Banden begangen worden. Deshalb bestehe die Delegation darauf, daß § 6 einen Zusatz erhalte, worin auch die von Banden begangenen Angriffe erwähnt würden. Man habe Beweise dafür, daß die vormaligen Truppen von Wrangel Vorbereitungen zu einem Angriff auf die Sowjetrepubliken treffen. In Finnland und Polen müßten die Grenzwachen, Arbeiterbataillone usw., die aus ehemaligen Soldaten der Weißen Armee bestehen, aufgelöst und von der Grenze entfernt werden. Aus Rumänien und Bessarabien müßten alle Truppen Wrangels und Petljuras entfernt werden. Am besten wäre es, auf beiden Seiten der Grenze Kontrollzonen zu bilden, wo gemischte Kommissionen darüber wachen würden, daß keine Banden auftreten und daß die regulären Truppen, die sich dort befinden, eine festgesetzte und beschränkte Effektivstärke nicht überschreiten.

Hierauf ergriff Lloyd George das Wort und sagte u. a.: Ich will nichts weiter über den Ausschluß der Deutschen sagen. Wir haben diese Frage gestern diskutiert und Gründe angegeben, die meiner Ansicht nach gerecht und solide sind. Es ist absolut richtig, daß die Deutschen von der Diskussion der Kredite ausgeschlossen sein werden. Bevor man zu den Krediten kommt, müssen zweifellos erst die sehr schwierigen Fragen der Privatgüter und der Schulden erledigt werden. Selbst wenn man zu den Krediten gelangt, muß außerdem noch berücksichtigt werden, daß Deutschland kein Land ist, das geeignet ist, in diesem Augenblick irgend jemandem Kredite zu geben. Lloyd George fuhr fort: Tschitscherin habe sich darüber beschwert, daß man Angelegenheiten ohne die Russen diskutiert habe. Tatsächlich lägen die Dinge so, daß es eine so große Meinungsverschiedenheit über grundlegende Fragen gegeben habe, daß man sich nicht verständigen konnte. Das russische System und das in anderen Ländern der Welt herrschende ließen sich nicht vereinigen. Aber sie näherten sich einander. Es gäbe eine große Menge Privatbesitz in Rußland. Nominell sei das Land nationalisiert, tatsächlich sei es das Eigentum der Landleute. **Kein Dekret aus Moskau könne die Landleute von ihrem Grund und Boden verjagen.** Man werde schließlich in Rußland zu einem ähnlichen System kommen, wie es der französischen Revolution gefolgt sei. Es sei sehr zu bedauern, daß man am 1. Mai habe zusammentreten müssen, denn es seien in Rußland Ereignisse geschehen, die gewissen Prinzipien ein übergroßes Gewicht gegeben hätten. Diese Ereignisse hätten ihre Rückwirkung bis nach Rapallo erstreckt und die Haltung der russischen Delegation beeinflußt. Dadurch sei es sehr erschwert worden, zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Der Beschwerde Tschitscherins über Wrangels angebliche Angriffsabsichten sagte Lloyd George: Als wir eine Intervention in Rußland ermutigten, haben wir es offen getan und haben vom Unterhause die nötigen Kredite verlangt.

Wir haben später gesagt, wir würden dies nicht mehr tun und haben unser Wort gehalten. Mit der letzten Expedition Wrangels haben wir nichts zu tun. Die gegenwärtigen Streitkräfte Wrangels stellen eine größere Gefahr für das Land dar, wo sie sich befinden, als für Rußland selbst. Es sei eine gebräuchliche Sache, fuhr der Premierminister fort, daß jedes Land seine Friedensliebe betone und die anderen mit Mißtrauen betrachte. Wenn der Burgfriedenspakt angenommen werde, so werde jedes Land, das einen Angriff unternehme, diesen Vertrag, an den es durch seine Ehre gebunden sei, brechen.

Tschitscherin blieb trotzdem dabei, daß er einige leichte Abänderungen wünschte, besonders bezüglich des Burgfriedenspaktes und der irregulären Banden. Auch in der Frage des Sitzes der Sachverständigenkommission beharrte Tschitscherin auf seinem Standpunkte.

Die Sitzung wurde hierauf abgebrochen und auf nachmittag 4 Uhr vertagt. In der Abendsitzung nahm die russische Delegation nach längerer Diskussion die Vorschläge für die Sachverständigen-Zusammenkunft im Haag mit unwesentlichen Aenderungen an. Dieses Resultat ist namentlich dem schweizerischen Bundesrat Motta zuzuschreiben, der den Russen nahelegte, sich nicht auf einen Wechsel des Ortes zu versteifen, nachdem der Haag bereits genannt und Holland sich mit der Aufnahme der Konferenz einverstanden erklärt habe.

Tschitscherin verlangte noch, daß die Vertreter Polens und Rumäniens ausdrücklich erklärten, daß sie keine Bandenbildungen in ihren Staaten dulden werden, was beide Delegierte zusicherten. Es folgte noch eine längere Diskussion über die Befristung der Waffenruhe. Als ihr Ergebnis wurde der Vorschlag Lloyd Georges einmütig angenommen, daß diese Waffenruhe wenigstens vier Monate nach Abschluß der Experten-Arbeiten fortdauern müsse. Nach einigen Einwendungen Japans wurde der russische Vorschlag angenommen, daß sich die Konferenz auf alle mit Sowjetrußland verbündeten Republiken erstrecken müsse.

Morgen findet eine Vollsitzung der Politischen Kommission statt und Freitag dürfte voraussichtlich um 9 Uhr vormittags **die letzte Vollsitzung der Konferenz** eröffnet werden. Die Delegationen werden vermutlich **Freitag abend oder Sonnabend abreisen.**

Barthou bei Lloyd George

Genua, 17. Mai.

Barthou hat sich im Laufe des Tages mit Lloyd George besprochen. Es ist wahrscheinlich, daß der Führer der französischen Abordnung die Aufmerksamkeit des Führers der englischen Delegation auf die Tatsache gelenkt hat, daß, falls die am Sonntag von den einladenden Mächten gefaßte Entschließung infolge der Einmischung der Russen abgeändert werden sollte, die französische Abordnung nicht mehr die Verpflichtung eingehen könne, der französischen Regierung die Annahme dieser Entschließung zu empfehlen.

Wirth und Rathenau bleiben

(EP) Genua, 17. Mai.

Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsaußenminister Dr. Rathenau haben ihren Plan der Abreise dem Vernehmen nach aufgegeben, da sie erst nach Schluß der Konferenz heimreisen wollen.

Protest gegen deutsche Bahnbauten

Paris, 17. Mai.

Die Botschafterkonferenz hat heute vormittag beschlossen, eine Mitteilung an die deutsche Regierung zu richten, in der die Einstellung der Arbeiten an gewissen Schienenwegen von strategischer Bedeutung im Rheinlande und die Beseitigung oder Abänderung gewisser strategischer Eisenbahnlinien vor Ablauf der Besetzungsperiode verlangt werden soll.

Reduzierung der Reparationsschuld?

(E. P.) Paris, 17. Mai

„Chicago Tribune" teilt mit, daß das Quai d'Orsay, das die Antwort über die französische Schuld an Amerika schon bereit hatte, gestern plötzlich beschloß **diese Antwort zurückzuhalten,** und wahrscheinlich nicht vor einigen Monaten abzusenden. Die Gründe, die zu dieser Haltung geführt hatten, seien folgende:

1. **Das Morgankomitee wird wahrscheinlich beschließen, daß die deutsche Reparationsschuld reduziert werden muß.**
2. Die Alliiertenkonferenz, die im Haag am 26. Juni eröffnet werden soll, wird wahrscheinlich **die russische Schuld gegenüber Frankreich auf unbestimmte Zeit aufheben.** Diese Aufhebung wird einen Präzedenzfall bilden, der auch bei allen anderen Regierungen Bedeutung erlangen könne.

Aufhebung der Besetzung verlangt

Die Abgeordneten der beiden rheinischen Wahlkreise Düsseldorf Ost und West haben vor einigen Tagen ein Telegramm mit Bezug auf die Aufhebung der Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort an die Konferenz in Genua gerichtet.

Beseitigung der Arbeitsgerichte

Von Tony Sender, Frankfurt a. M.

Die Reaktion darf wieder einen Triumph für sich verbuchen: Aus dem Reichsarbeitsministerium ist wiederum ein Gesetzentwurf hervorgegangen, der von ähnlichem Geist inspiriert ist, wie die berüchtigte Schlichtungsordnung.

Hatte man ursprünglich die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts den drängenden revolutionären Massen versprochen als unvermeidliche Konzession an den Geist einer neuen Zeit, so weiß man diese Zusage heute unter den veränderten Verhältnissen dazu zu benutzen, um den Dunkelmächten des Rückschritts neues Betätigungsfeld zuzuweisen. Und da der neue Entwurf über ein Arbeitsgerichtsgesetz nichts weniger vorsieht, als die sofortige und radikale Beseitigung der seit Jahrzehnten bestehenden und bewährten Arbeitsgerichte, der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, gilt es rechtzeitig die Wachsamkeit aller Hand- und Kopfarbeiter auf dieses geplante Attentat zu lenken, damit die Abwehr rechtzeitig zu einer geschlossenen und wohl organisierten werden kann.

Angeblich um die Zersplitterung der Rechtspflege auf arbeitsrechtlichem Gebiet zu beseitigen, sollen die Gewerbegerichte abgeschafft und sämtliche aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehende Rechtsstreitigkeiten künftig den ordentlichen Gerichten angegliederten Arbeitsgerichten übertragen werden. Es muß schon als eine unerhörte Provokation bezeichnet werden, wenn man es gerade heute wagt, die soziale Rechtsprechung den deutschen ordentlichen Gerichten zuzuweisen, die gerade in den letzten Jahren mit einem Zynismus ohnegleichen sich als Klassenjustiz schlimmster Art offenbarten, als Hüter der alten, verfaulten und zusammengebrochenen Monarchie, die das arbeitende Volk als Klasse minderen Rechts behandelte.

Welchen „maßgeblichen" Einflüssen das Ministerium dabei stattgab, spricht es in seiner Begründung zum Entwurf mit ungenierter Offenheit aus, wenn es sagt:

> „insbesondere aus rechts- und finanzpolitischen Gesichtspunkten sowie der eingehend begründeten Stellungnahme des 32. Deutschen Juristentages ist der vorliegende Referentenentwurf fertiggestellt worden."

Daß den Juristen die sozialen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte von jeher ein Dorn im Auge waren, ist hinlänglich bekannt und verständlich — dennoch hat man in der Monarchie nicht an sie zu tasten gewagt, erst in der deutschen Republik darf man es wagen, das von der Arbeiterklasse bereits Errungene ihr wieder zu rauben!

Die weitere Begründung des Entwurfs beruft sich auf die Kosten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die von den Gemeinden nicht mehr getragen werden könnten und operiert mit der Notwendigkeit der Sparsamkeit. Welch fadenscheiniges und obendrein unehrliches Argument! Sieht doch der vorliegende Entwurf die Schaffung einer vollkommen neuen Organisation bei den ordentlichen Gerichten vor mit Arbeitsgerichten, Landesarbeitsgerichten — letztere können obendrein ihren Sitz auch an einem anderen Ort, als demjenigen des Landesgerichts haben! — und dem Reichsarbeitsgericht. Wie will man es fertigbringen zu beweisen, daß der Ausbau der bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, deren territoriale Gliederung man noch dazu auf die neuzuschaffende Organisation übernehmen will, mehr Kosten verursacht hätte? Man brauchte nur die Aufbringung der Kosten für die selbständigen Arbeitsgerichte von den Gemeinden auf das Reich resp. die Länder zu übertragen, wie dies auch im vorliegenden Entwurf geschieht, und dem Wunsch der Gemeinden wäre entsprochen, ohne daß als Resultat irgendwelche Mehrkosten entständen.

Ehrlicher wird die Begründung schon, wenn sie davon spricht, daß erreicht werden soll, daß „eine nicht nur von politischen Einflüssen freie, sondern auch eine sachkundige Geschäfts- und Prozeßleitung gesichert wird." Hier wird den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten der versteckte Vorwurf einer politisch beeinflußten Rechtsprechung gemacht — wohl deshalb, weil in diesen Gerichten der Laieneinfluß vorherrschend war, der noch etwas Verständnis für die sozialen Nöte besaß. Der absolute Mangel unserer ordentlichen Gerichte an jeglichem sozialen Verständnis, ja die absolute Voreingenommenheit der übergroßen Mehrzahl der aus der Bourgeoisie hervorgegangenen, auf dem Boden der herrschenden Gesellschaftsordnung

stehenden, von der Heiligkeit des Eigentums überzeugten Juristen gegenüber allen selbständigen Regungen des Proletariats wird hingestellt als Freiheit von jeglichem politischen Einfluß!

Es ist darum der Gipfel der Unwahrhaftigkeit, wenn nach solch offenem Aussprechen der wahren Absichten die Vorlage den Arbeitnehmern dadurch schmackhaft gemacht werden soll, daß man ihnen einzureden versucht, daß durch die Angliederung die Vorzüge der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf die ordentlichen Gerichte übertragen werden und so eine günstige Beeinflussung der letzteren stattfinden soll! Darauf fallen aber die Arbeitnehmer nicht herein, wenn sie lesen, daß die Arbeitsgerichte der Aufsicht der Landesjustizverwaltung unterstellt werden. Was dann noch von dem „überaus segensreichen und belebenden Einfluß" übrig bleiben kann — darüber machen sich Angestellte und Arbeiter keinerlei Illusionen, wenn auch eine begrenzte Mitbestimmung der oberen Sozialbehörden bestehen soll.

Ebenso unehrlich ist das Argument der Vereinheitlichung. Zunächst bleiben auch dann noch Sondergerichte sowohl für Beamten, als auch für die Steuern, Finanzgerichte, und ferner die Schlichtungsstellen bestehen, die auf Grund tariflicher Abmachungen errichtet sind. Außerdem will aber auch bekanntlich die Schlichtungsordnung einen ganzen Rattenschwanz von bürokratischer Rechtsorganisation schaffen. Und schreitet man in dem jetzigen Modus fort, so wird für jedes neue Arbeitsgesetz eine besondere, verzweigte Instanz geschaffen.

Demgegenüber fordert die Arbeiterschaft: Bei dem neuen Arbeitsrecht handelt es sich um ein werdendes Recht einer um ihre Befreiung ringenden Klasse, das nur aus genauer Kenntnis der neuen Tatbestände und Lebensformen heraus gebildet werden kann. Träger dieses neuen Rechtsgedankens kann nur die aufstrebende Klasse selber sein. Sie fordert darum die Schaffung einer einheitlichen, auf dem Recht der Selbstverwaltung beruhenden Sozialorganisation, als deren Kern die bestehenden Sozialgerichte genommen werden können, um ihnen alle weiteren zu schaffenden Einrichtungen wie Schlichtungsstellen, Arbeitsnachweis, Arbeitsämter usw. organisch anzugliedern.

Der neue Versuch der Auslieferung der Arbeiter an die schwärzeste Reaktion aber wird dem einheitlichen, schärfsten Widerstand aller Hand- und Kopfarbeiter begegnen.

Falsche Spekulation

„Vorwärts" und „Rote Fahne" fühlen sich berechtigt, aus unserem gestrigen Artikel über die Zentralausschußsitzung der KPD. den Schluß zu ziehen, die Redaktion der „Freiheit" habe das Leipziger Aktionsprogramm der USP. preisgegeben. Offenbar ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Freude wäre sicher riesengroß, wenn er in Erfüllung ginge. Wir mißgönnen unseren Nachbarn von rechts und von links ein harmloses Vergnügen auch durchaus nicht. Aber was sie hier von uns erwarten, ist denn doch zu naiv. Wenn wir auch nicht mit dem Leipziger Aktionsprogramm fortgesetzt in der Luft herumfuchteln, wie die KPD. in der ungelegensten Zeit mit den unsinnigsten Parolen, so ist es dennoch für uns höchstes Parteigesetz. Bei uns ist es nicht üblich, wie bei der KPD., auf Parteitagsbeschlüsse zu pfeifen. In unserer Partei ist derartiges auch nicht nötig, weil bei uns die Anträge gründlich geprüft werden, bevor man sie zum Beschluß erhebt.

Rechtssozialisten gegen Noske

Von der Tagung des hannoverschen Provinziallandtages ist ein weiterer bezeichnender Zwischenfall zu berichten. Für die Technische Nothilfe war eine Summe von 1500 Mark angefordert. Die Kommunisten beantragten Streichung dieser Position. Noske hielt darauf folgende Rede:

„Ich lehne es ab, von der äußersten Linken Lehren darüber in Empfang zu nehmen, was ich als Oberpräsident und andererseits als früherer Angehöriger des Arbeiterstandes zu tun habe. Ich stehe hier nicht als sozialdemokratischer Parteimann, sondern als preußischer Beamter. Mit der Reichsregierung und der Preußischen Regierung stimme ich darin überein, daß wir augenblicklich die Technische Nothilfe leider noch nicht entbehren können. Mit dem Koalitionsrecht hat die Technische Nothilfe nichts zu tun. Solange es leider feststeht, daß eine Reihe von Gewerkschaftsführern ihre Leute nicht mehr in der Hand hat, wird auf die Technische Nothilfe noch nicht verzichtet werden können."

Für die Streichung der 1500 Mark, also gegen Noske, stimmten Rechtssozialisten, Unabhängige und Kommunisten. Die Position wurde von den bürgerlichen Abgeordneten bewilligt!

Das Urteil eines Wissenden

Statt über die Krise in der USPD. zu fabulieren, wie es der „Vorwärts" mit Vorliebe tut, sollte er seine Leser über die Krisenerscheinungen in der eigenen Partei aufklären. Er sollte ihnen beispielsweise mitteilen, daß der rechtssozialistische sächsische Wirtschaftsminister Fellisch in einer Parteiversammlung die große Koalition als ein Bleigewicht bezeichnet, daß in Fulda die gesamte rechtssozialistische Ortsgruppe sich mit ihrem wegen politischer Differenzen ausgeschlossenen Vorsitzenden solidarisierte und der SPD. den Rücken kehrte, daß sich in München der Redakteur Krille der rechtssozialistischen „Münchener Post" in einer öffentlichen Versammlung der USPD. gegen das Verhalten der rechtssozialistischen Parteileitung und namentlich des Parteiführers Ehrhard Auer wandte. Und schließlich sollte der „Vorwärts" statt angebliche Krisen in der USPD. zu erdichten, seine Leser informieren über die Gründe, die den langjährigen Vorsitzenden der rechtssozialistischen Fraktion der Bremer Bürgerschaft, Genossen Bußmann, veranlaßten, aus der SPD. auszutreten und sich der USPD. anzuschließen.

Aber der „alle ehrliche „Vorwärts" wird alle diese Dinge nicht berühren, denn sonst könnten ja auch die nur auf seine Kost angewiesenen Berliner Arbeiter auf rebellische Gedanken kommen. Sie würden sicher aufhorchen, wenn im „Vorwärts" zu lesen stünde, was Genosse Bußmann dieser Tage in Bremen in öffentlicher Versammlung über das Verhalten rechtssozialistischer Führer Bremens mitteilte! So sagte Bußmann, daß der rechtssozialistische Polizeisenator Deichmann sein (Bußmanns) Verlangen auf Mobilisierung der Truppen gegen die Baltikumer und die Ehrhardt-Garde abgelehnt, sich aber nicht gescheut habe, unter den revolutionären Arbeitern am 4. Februar ein Blutbad anrichten zu lassen. Beim Kapp-Putsch hat derselbe Deichmann die Bremer Sipoleute gerüffelt, weil sie ihre monarchistischen Offiziere festsetzten, die sich gegen die Republik ausgesprochen hatten. Des weiteren legte Bußmann dar, wie die Rechtssozialisten um das Linsengericht etlicher Senatorposten die Interessen der Arbeiterschaft verkauften. Schließlich ließ sich Bußmann noch über die Frage der Einigung aus. Er sagte darüber: „Wie man es nicht machen soll, dafür ist der Görlitzer Parteitag der Sozialdemokraten ein Beispiel, der beschloß, auch die Koalition mit der Volkspartei möglich sein zu lassen. Wenn die Dinge aber so liegen, daß der größte Teil der Arbeiterschaft in der SPD. von einer Koalition nichts wissen will, so kann man natürlich nicht zur Einigung kommen, wenn man in Bremen die Richtung Deichmann obenauf kommen läßt, die die Koalition mit Bürgerlichen auf jeden Fall will. Wie kann man von den USP.-Genossen eine Einigung mit den Koalitionspolitikern verlangen? Die Entwicklung der Dinge in Braunschweig gibt mir auch recht, wenn ich sage: „Solange die SPD. nicht davon abläßt, dauernd den Bürgerlichen Konzessionen zu machen, so lange ist sie das Hindernis in der Frage der Einigung. Und weil sie das noch nicht ist, bin ich zur USP. übergetreten."

Der nationalistische Sozialdemokrat

In Emmerich am Rhein wurde am 11. Mai ein neuer Bürgermeister, Dr. Alff, eingeführt. Es hagelte Begrüßungsreden aus dem Munde der Herren Assessor Disch, Stadtverordneter Bewensiepen und anderer. Den Vogel aber schoß der Regierungspräsident Gruetzner ab, der sich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei nennt. Er kam am Schluß seiner Rede auf die im Rheinland wieder auftauchenden Loslösungsbestrebungen zu sprechen und forderte alle Anwesenden auf, sich von den Plätzen zu erheben und mit ihm anzustimmen das Lied: Deutschland, Deutschland über alles!

Man muß wirklich sagen: für einen Sozialdemokraten, auch wenn er zufällig Regierungspräsident ist, bedeutet das allerhand, da nun einmal durch die Interpretation der Deutschnationalen diesem Liede vor allen anderen eine ganz bestimmte, durchaus eindeutige chauvinistisch-hetzerische Stimmung unterschoben ist, wie jeder weiß, der ihrer Ausmünzung an unseren Schulen und sonst in aller Oeffentlichkeit nicht erst seit gestern und heute mit Aufmerksamkeit folgt.

Unter den Festrednern hat der „Sozialdemokrat" Gruetzner denn auch nur einen einzigen gefunden, der neben ihm als — ebenbürtig gelten kann, nämlich den Pfarrer Horstmann, der gar die Ansicht vertrat, der neugebackene Bürgermeister sei als ein Mann anzusehen, den Gott gesandt und ins Amt gesetzt habe! Diese Wendung und der musikalische Einfall des „sozialdemokratischen" Beamten sollte vielleicht eine sinnige Huldigung für die Gattin des Herrn Dr. Alff darstellen, die der Versammlung beiläufig als „treudeutsche Frau" vorgestellt wurde. —

Wir wissen nicht, wie die Sozialdemokraten des Rheinlandes über die Heldentat „ihres" Regierungspräsidenten denken; eins aber ist uns bekannt: der sozialistische Arbeiter-Gesangverein „Freiheit" in Emmerich, der zu jener Feier geladen war, hatte die Beteiligung abgelehnt! Wollte „Genosse" Gruetzner diese Absage vielleicht durch das Anstimmen des deutschnationalen Heldenkantus wieder gutmachen?

Das Arbeitsnachweisgesetz

Im Unterausschuß des 6. Ausschusses des Reichstages wurde am 16. Mai bei der Weiterberatung des Arbeitsnachweisgesetzes auf Antrag der Koalitionsparteien gegen den Widerspruch des Abg. Aufhäuser (USP.) beschlossen, die Beratung über den entscheidenden Paragraphen (Aufrechterhaltung der nicht gewerbsmäßigen Nachweise und Meldezwang) zurückzustellen und zunächst das Beschwerdeverfahren erörtert. Danach sollen Einsprüche schriftlich vorgelegt werden. Es wurde weiter beschlossen, den beschwerdeführenden Vereinigungen das Recht der Anhörung zu gewährleisten. Bei der Regelung der Kostenfrage beantragen die Koalitionsparteien, daß die Kosten allgemein vom Reich, von den Ländern und von den Gemeinden aufgebracht werden. Doch sollen zwei Drittel der notwendigen Kosten auf die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer umgelegt werden. Der Abg. Aufhäuser verlangte, daß die Mittel für die Arbeitsnachweisbehörden aus den allgemeinen Steuern bestritten werden. Der Abg. Giebel (Soz.) erkannte zwar die grundsätzliche Berechtigung dieser Auffassung an, empfahl aber mit Rücksicht auf die finanzielle Tragfähigkeit des Reiches und der Gemeinden die Annahme des Antrages der Koalitionsparteien. Der Antrag der Koalitionsparteien wurde angenommen.

Das Ende der Entente?

Außerordentlich bemerkenswerte Ausführungen über die Konferenz in Genua macht die bekannte englische Zeitschrift „The Nation" in ihrer letzten Nummer 7. The Nation erklärt, daß es eigentlich die Aufgabe der Konferenz von Genua sei, eine neue Völkerbundverwandtschaft in Europa herzustellen. Würde Frankreich freudig und loyal mitarbeiten, dann wäre jener wirkliche Völkerbund gesichert. Aber Frankreich treibt seine eigene Politik. Poincaré drohte bekanntlich, das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen und besteht auf der lückenlosen Durchführung des Vertrages von Versailles. Der Stein des Anstoßes ist heute Frankreich, das auch ablehnte, eine alliierte Konferenz zu beschicken, die die Friedensverträge und Kriegsschulden zu überprüfen hätte. Frankreich gegenüber wird erklärt, daß, wenn diese Politik Poincarés weitergeführt wird und Frankreich auf eigene Faust gegen Deutschland vorgehe, es sich durch dieses brutale aggressive Vorgehen total isolieren würde. Auf der anderen Seite verlangt Frankreich die restlose Anerkennung der Vorkriegsschulden durch Rußland. Demgegenüber erklärt die „Nation", daß die Russen das Memorandum, das ihnen überreicht wurde, so wie es ist, nicht annehmen können. Es wird weiter erklärt, daß die Russen nichts anderes getan haben als die Franzosen während ihrer Revolution. Sie konfiszierten ebenso das Land ohne Kompensation, wie es die Russen taten. Es kann nicht verlangt werden, daß ausländische Besitzer ihr volles Eigentum aus Rußland zurückbekommen. Der einzige Weg ist, eine Form zu finden, die Gegenleistungen gewährleistet und es möglich macht, unter den neuen politischen Verhältnissen in Rußland weiter zu arbeiten. Wenn Rußland sich erholt, dann steigt auch automatisch der Wert des ausländischen Eigentums. Die reichste Grube ist wertlos, wenn keine Eisenbahnen vorhanden sind, um sie auszubeuten. Das Blatt erklärt weiter, daß es, ohne im Besitz der russischen Antwort zu sein, erklären muß, den einzig vernünftigen Weg endlich zu gehen und die Theorie zu ignorieren und ein praktisches Abkommen in die Wege zu leiten, das eine Wiederherstellung Rußlands gewährleistet. Genua, so führt die „Nation" aus, würde, sollte die Konferenz von Erfolg begleitet sein, sich als ein „politisches System" repräsentieren, das in der Lage war, die Beziehungen der Völker auf eine gesunde Basis zu stellen. Sollte aber das Gegenteil eintreten, und zwar durch das starre Verhalten Frankreichs, dann bedeutete dies das Ende der Entente in jeder Form, die diesen Fehlschlag nicht überleben könnte.

Der „verflossene" Sattlergeselle

Die Oldenburger Strafkammer verhandelte dieser Tage gegen den Kaufmann und Leutnant a. D. Hermann Rodick aus Delmenhorst. Am 27. Januar hatte dieser dort mit gleichgesinnten Kumpanen in der Bahnhofswirtschaft Hochs auf den ehemaligen Kaiser ausgebracht und dabei über Ebert geschimpft. Er soll von ihm als dem „verflossenen Sattlergesellen Ebert" gesprochen haben. Vor Gericht kniff Rodick. Er hätte nichts gesagt. Zwei Zeugen „konnten sich nicht mehr besinnen". Der Staatsanwalt forderte mit Rücksicht auf die Gemeinheit der Handlung für den angeklagten Rodick eine Gefängnisstrafe. Das Gericht kam aber zu einem Freispruch. Die Staatsanwaltschaft soll die Einlegung der Revision beabsichtigen. Helfen wird ihr dies löbliche Unterfangen kaum.

Freigesprochen!

Leipzig, 17. Mai

Das Reichsgericht verhandelte heute im Wiederaufnahmeverfahren gegen den ehemaligen Direktor der Albatros-Werke in Johannisthal, Ingenieur Otto Wiener, der am 8. Dezember 1915 vom Reichsgericht auf Grund des Spionagegesetzes zu einem Jahr sechs Monaten Festungshaft und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Wiener hatte vor dem Kriege an die italienische Regierung drei Wasserflugzeuge mit Funkeneinrichtung geliefert, die nach Ueberzeugung des Reichsgerichts im Interesse der Sicherheit des Reiches geheimzuhalten waren. Die Beweisaufnahme gestaltete sich für den Angeklagten günstig. Er wurde gemäß dem Antrage des Reichsanwalts unter Aufhebung des früheren Urteils von der erhobenen Anklage freigesprochen. Die Kosten des Prozesses und die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Ausgaben wurden der Reichskasse auferlegt.

Die Sitzung des Neunerkomitees

(Intel.) Wien, 17. Mai.

Das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien teilt mit, daß das von der Berliner Konferenz der drei Internationalen eingesetzte Neunerkomitee nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, in Köln, sondern wegen der von Radek gegen eine Tagung im besetzten Gebiet vorgebrachten Einwände am 23. Mai in Berlin zu einer konstituierenden Sitzung zusammentreten wird. Dieses Datum wurde gewählt, um der Exekutive der Zweiten Internationale, die am 20. und 21. Mai in Köln tagt, im Anschluß daran die Teilnahme an der Sitzung des Organisationsausschusses zu ermöglichen.

Berichterstattung über Genua im Reichswirtschaftsrat

In einer Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats am 17. Mai gab, wie die „P. P." hören, Geheimrat Dr. Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie einen geschichtlichen Ueberblick über die Verhandlungen in Genua und über das Zustandekommen und die Bedeutung des Vertrages von Rapallo. Wissell, der gleichfalls als Sachverständiger in Genua war, ergänzte die Ausführungen von Geheimrat Bücher. Ueber die wirtschaftlichen Ergebnisse der Konferenz, besonders im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Handelsbeziehung Deutschlands zum Auslande, erstattete Direktor Kraemer einen eingehenden Bericht. Die Verhandlungen wurden jedoch für vertraulich erklärt.

Der deutsche Besitz in Italien

(EP) Genua, 17. Mai.

Nach dem vor dem Abschluß stehenden italienisch-deutschen Abkommen über den Verkauf des während des Krieges in Italien beschlagnahmten deutschen Besitzes hätte Deutschland insgesamt etwa 80 Millionen Lire zu bezahlen. Von dieser Summe würde ihm der Betrag der Güter abgezogen, die Italien aus nationalen oder strategischen Gründen behalten will. Es sind noch einige Nebenfragen zu regeln, man hofft aber bald eine endgültige Verständigung zu erzielen.

Der Petersdorfer Prozeß

Oppeln, 17. Mai.

In dem Petersdorfer Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen drei Angeklagte Todesstrafe, gegen drei weitere 15 Jahre Zuchthaus. Die Urteilsverkündung erfolgt morgen nachmittag um 4 Uhr.

Niederlage der englischen Regierung

(Reuter.) London, 17. Mai.

Im Unterhause erlitt die Regierung mit 148 gegen 151 Stimmen bei der Abstimmung über einen die Lehrerpensionen betreffenden Vorschlag der Geddesschen Ersparungs-Kommission eine Niederlage. Die Mitglieder der Arbeiterpartei, die Unabhängigen Liberalen und viele Anhänger der Regierungspartei stimmten gegen die Regierung und nahmen einen Beschluß auf Vertagung der Debatte an.

Nach englischen Blättermeldungen soll die Regierung der Niederlage keine große Bedeutung beilegen, weil es sich um eine untergeordnete Frage handle.

Auto-Unfall

Löbau, 17. Mai. Auf der Straße von Löbau nach Neu-Gersdorf fuhr in der Nähe von Kottmarsdorf ein Auto gegen einen Baum, wobei der Kaufmann Hilbig aus Neu-Gersdorf tödlich verunglückte und der Elektrotechniker Schakert schwere Verletzungen davontrug.

Deutsche und russische Konsulate. Infolge der Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen wird die russische Sowjetregierung in Hamburg ein Konsulat errichten. Deutscherseits wird ein Generalkonsulat in Petersburg eingerichtet; als deutscher Generalkonsul ist Graf Keßler in Aussicht genommen.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Mittwoch, den 17. Mai 1922.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 11,10 Uhr.

Ein Gesetzentwurf über Teuerungsmaßnahmen für Militärrentner wird dem Ausschuß für Kriegsbeschädigte überwiesen.

Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Reichsarbeitsminister **Brauns**: Es wird uns vorgeworfen, daß manche der in den vorgelegten Gesetzentwürfen enthaltene Bestimmung zu weit gehe. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß die Revolution von 1918 nicht nur eine politische Umwälzung gebracht, sondern auch eine soziale Neugestaltung eingeleitet hat. Aber denen, denen die Gesetze nicht weit genug gehen, ist auch zu sagen, daß das Maß gehalten werden muß, das uns durch unsere Gütervorräte und die Grenzen der Gütererzeugung vorgezeichnet wird. Es ist bedauerlich, daß der Kampf in der Metallindustrie in Süddeutschland, der immer noch nicht beigelegt werden konnte, Formen anzunehmen droht, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch außerordentlich gefährlich sind. Meines Erachtens müßten die Spitzenverbände beider Seiten einen Weg finden können, um das Schlimmste zu verhüten.

Abg. Frau **Schroeder** (SPD.): Die Art und Weise, wie der Kampf in der Metallindustrie in die Wege geleitet worden ist, wie alle Verhandlungen und Vermittlungen abgelehnt worden sind, zeigt, daß es sich hier nicht lediglich um eine Arbeitszeitverlängerung von zwei Stunden in der Woche handelt. (Sehr richtig!) Unsere Arbeitsbrüder in Süddeutschland kämpfen nicht nur für sich, sondern für das Recht der gesamten Arbeiterklasse der deutschen Republik. Wir hoffen, daß die vom Reichsarbeitsministerium unternommenen und angekündigten gesetzlichen Maßnahmen die Formen finden, denen auch die Arbeiter innerlich zustimmen können. Für die auf dem Schlachtfelde der Arbeit Gefallenen muß dieselbe Fürsorge getroffen werden, wie für die Kriegsbeschädigten.

Abg. **Behrens** (Dtn.): Wenn man von den Landwirten und Bauern verlangt, daß sie mehr als acht Stunden arbeiten, dann sollten auch andere Berufe, wie der der deutschen Metallindustrie, sich nicht weigern, die acht Stunden wenigstens zu erfüllen.

Abg. Karsten (USP.):

Wenn man von einzelnen Schichten andere Arbeitszeiten verlangt, als von anderen, wenn solches Verlangen in gesetzliche Form gegossen werden soll, so will man damit nur erreichen, eine Arbeiterschicht gegen die andere auszuspielen. Gelingt es den Arbeitern nicht, diesen Angriff der Unternehmer abzuschlagen, so ist damit **nicht nur die 46stündige Arbeitswoche beseitigt, sondern auch der Achtstundentag** nicht lange mehr auf der Tagesordnung. Unseren Freunden von der sozialdemokratischen Partei müssen wir sagen: Wenn sie dulden, daß Leute wie Kaliski, Cohen-Reuß, Hugo Lindemann usw., die für die Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten sind, in ihren Reihen bleiben, so erscheint es außerordentlich zweifelhaft, ob es den Rechtssozialisten mit der hier erhobenen Forderung der Aufrechterhaltung des Achtstundentages ernst ist.

Man will die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte den ordentlichen Gerichten anschließen. Der Herr Reichsarbeitsminister meinte, auf diese Weise wolle man den jungen Rechtsanwälten und **Referendaren Gelegenheit zum Lernen geben.** Wir aber sagen, die **Rechte der Arbeiter sind viel zu heilig und viel zu wichtig für sie, als daß man sie zu Versuchskarnickeln und Lernobjekten** rechtsbeflissener junger Leute machen darf. (Sehr richtig!) Erwerbslosen-, Invaliden-, Kriegsbeschädigten-, Wöchnerinnenfürsorge usw. sind so beschaffen, daß bei weitem nicht das Allernotwendigste zum Leben gegeben wird. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (Lebh. Sehr richtig!)

Der ganzen Sozialgesetzgebung fehlt es an dem großen einheitlichen Zug. Es herrscht dort die größte Zerrüttung und Wurschtelei. Wenn man immer wieder mit Notgesetzen kommen muß, dann sollte man sich im Reichsministerium endlich dazu aufraffen, etwas Ganzes zu schaffen. Die **heutige Sozialgesetzgebung greift immer nur einen Kreis von Versicherungsfällen heraus. Hier Krankheit, hier Unfall, hier Invalidität** usw. und entschädigt sie nach immer anderen Grundsätzen und Normen. **In dieses Chaos muß Einheitlichkeit gebracht** werden. Durch diese Zersplitterung **wird der ganze Verwaltungsapparat riesenhaft vergrößert und verteuert.** Die Angestelltenversicherung, die man vor dem Kriege aus politischen Gründen schuf, ist heute ein **völlig überholtes Ding, das weiter nichts als Verwaltungskosten** und andere Ausgaben verursacht. Die organisatorische Zerrissenheit und Ungleichheit der Entschädigung muß beseitigt und endlich einmal der große Wurf gemacht werden. Die meisten Leute wissen gar nicht, wie groß die Not und das Elend bei uns ist.

Wir haben über 900 000 Unfallrentner, fast eine Milliarde Invaliden, fast 300 000 Altersrentner, über 100 000 invalide Witwen, 600 000 Waisen aus der Invalidenversicherung, 1 300 000 Kriegsbeschädigte, 500 000 Kriegerwitwen, 1 500 000 Kriegswaisen, 10 000 alte Eltern, deren Söhne durch den Krieg ums Leben gekommen sind, täglich Zehntausende, die die Krankenkassen in Anspruch nehmen müssen, über 200 000 Arbeitslose. Außerdem täglich Zehntausende Gebärender, die in der schweren Stunde nicht wissen, wie sie ihr Neugeborenes ernähren und betten, und wie sie sich selbst ernähren sollen.

Es gibt Hunderttausende von Leuten, die, um leben zu können, zur Armenverwaltung gehen und trotz des peinlichen und verpönten Makels des Armseins dort um Unterstützung betteln müssen.

Das ist ein Heer von 6 Millionen

ins tiefste Elend Gedrückter. Das sind **10 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung, die die nicht aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt finden können.** Da muß das Arbeitsministerium endlich mit der nötigen Energie erfüllt werden, die notwendig ist, diese Dinge zu meistern. Die Zahl der **Selbstmorde aus Not hat eine ungeheuerliche Steigerung** erfahren. Diese Selbstmorde sind auf das Ausbleiben der sozialen Hilfe zurückzuführen. Die Reichstagsabgeordneten und die Minister und Beamten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß diesen Leuten schnell und gründlich geholfen wird. Wir können nicht erwarten, bis dieses oder jenes kleine Gesetzchen Verwirklichung findet. **Wir müssen verlangen, daß Hilfe allen, die sich nicht selber helfen können, in ausreichendem Maße gegeben wird.** Das Reichsarbeitsministerium hat sich zu entscheiden, ob es für oder gegen den Stillstand der Sozialpolitik arbeiten will.

Im Reichsarbeitsministerium herrscht statt des Prinzips der Versorgung das Prinzip der Versicherung. Man könnte darüber lächeln, wenn es nicht für die Arbeiter so tragisch wäre. So müssen z. B. **Milliarden über Milliarden durch Beiträge im voraus aufgebracht werden, die erst einer späteren Zeit in Gestalt von Leistungen** wieder zugute kommen. Das Geld wird zum großen Teil festgelegt zum Wohnungsbau, auch eine notwendige Gelegenheit, aber diese Art der Finanzierung fordert schärfste Zurückweisung. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, besonders des Lehrlings- und Jugendschutzes finden wir noch geradezu mittelalterliche Zustände. Noch heute wird alle Tage

mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter in der unverantwortlichsten Weise umgesprungen.

Man redet immer in schönen Tönen davon, die Arbeitskraft müsse geschützt, mit der Arbeitskraft müsse gespart werden. Da ist es notwendig, daß auf dem Gebiete der Arbeiterschutzbestimmungen und der **Unfallverhütungs-Vorschriften** gründlicher als bisher verfahren wird. Nicht einmal unsere Unfallstatistik ist zuverlässig. **Eine sehr große** Rolle spielt darin die Fahrlässigkeit. Man meint die Fahrlässigkeit der Arbeiter. **Wenn man aber die Vorgänge genauer untersucht, findet man meist, daß die Fahrlässigkeit darin besteht, daß es die Unternehmer an Arbeiterschutzvorrichtungen haben fehlen lassen,** die Arbeiterschutzbestimmungen nicht beachtet haben.

Es ist unbedingt notwendig, daß diejenigen, die Gesundheit und Leben im Dienste des Kapitals täglich aufs Spiel setzen, die Sicherheit haben, daß für sie und ihre Angehörigen im Falle eines ihnen zugestoßenen Unfalles in ausreichender Weise gesorgt ist.

Der Unternehmer bringt Gelder auf zur Versicherung seiner Pferde und Gerätschaften. Er muß auch in der Lage sein, die Versicherung für Gesundheit und **Leben der von** ihm ausgebeuteten Arbeiter zu decken. (Sehr richtig!)

Die ganze Sozialversicherung kann nur auf dem Wege der Vereinheitlichung in vollstem Maße wirksam gemacht werden. Das jetzt beliebte Stück- und Flickwerk muß beseitigt und ein einheitliches Sozialversicherungsgesetz geschaffen werden. Was bisher vom Reichsarbeitsministerium geleistet wurde, **spricht nur für den konservativen Geist, der dort herrscht.** Die **Arbeiterschaft selbst muß daher versuchen, die Sozialgesetzgebung in weit höherem Maße als bisher zu beeinflussen.** Dann mag das Reichsarbeitsministerium sich entscheiden, ob es weiter in dem bisherigen **reaktionären** Geiste arbeiten oder sich zu einer wirklichen Sozialgesetzgebung bequemen will. (Lebhafter Beifall bei der Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. **Andree** (Ztr.) polemisiert gegen den Genossen Karsten, verteidigt die **Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums** und spricht sich über den **Kampf der süddeutschen** Metallarbeiter dahin aus, daß die Schuld auf beiden Seiten liege. **An dem Achtstundentag solle nicht gerüttelt werden,** aber den Arbeitern stehe auch **nicht das Recht zu, kürzere** Arbeitszeiten zu beanspruchen.

Abg. **Moldenhauer** (D.Vp.) erklärt, **daß seine Partei** immer bereit sei, das Trennende in der Sozialpolitik zurückzustellen und das Einigende zu betonen. (Zuruf: Metallarbeiterstreik!)

Abg. **Erkelenz** (Dem.): **Es muß der Gedanke der Entstaatlichung in der Sozialpolitik in den Bereich der Reformen gezogen werden. Das Arbeitsnachweisgesetz wäre modern gewesen vor zehn Jahren. Das müßte auf der** Selbstverwaltung der Arbeitnehmer und **Arbeitgeber aufgebaut** sein. Der Gedanke einer **Schlichtungsordnung** ist gut. Aber eine Schlichtungsordnung ist **auf dem in der Sozialpolitik** beschrittenen Wege **unmöglich. Das zeigt schon der ungeheuere Beamtenapparat. Auch die Schlichtungsordnung** müßte auf Selbstverwaltung beruhen. **Ueber den Achtstundentag habe ich Erwägungen vor mir liegen, die erweisen,** daß die Produktionsleistung gegenüber der früheren zehnstündigen Arbeitszeit nicht nur nicht zurückgegangen ist, sondern sich noch teilweise gesteigert hat.

Abg. **Bartz** (KPD.): Der Metallarbeiterstreik in Süddeutschland ist von den **Industriellen provoziert worden. Der** Streik ist die erste Machtprobe der **Reaktion. Was heute an Unterstützungen für die Rentenempfänger beschlossen wird,** ist durch die Verhältnisse längst überholt.

Schluß 5/7 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Preußischer Landtag

Sitzung vom Mittwoch, den 17. Mai 1922.

Fortsetzung der Bergetatsdebatte.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird ohne Aussprache der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Ausgleichszuschläge in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen.

In der nun fortgesetzten Beratung über den Bergetat erhält zunächst das Wort der

Abg. **Sobotka** (KPD.), der sich gegen die von den Bürgerlichen geforderten Ueberschichten wendet und gegen den Handelsminister den Vorwurf erhebt, in einer Rede in Barsinghausen von den Bergarbeitern Ueberstunden, also eine Durchbrechung des Achtstundentages gefordert zu haben.

Abg. **Franz** (SPD.) spricht über die oberschlesischen Bergbauverhältnisse.

Handelsminister **Siering** verteidigt seine Haltung gegenüber den kommunistischen Angriffen. Er habe in seiner Rede in Barsinghausen keineswegs eine Durchbrechung des Achtstundentages gefordert. Es handelte sich um eine Zeche, die ersaufen würde, wenn nicht zu ihrer Rettung zeitweilig Ueberstunden gemacht würden. Abg. Sobottka ist zweifellos von seinen Gewährsmännern angelogen worden.

Abg. **Harsch** (Ztr.) prägt in seiner Rede u. a. folgenden bemerkenswerten Satz: Die christlichen Arbeiter haben stets den Bedürfnissen der Arbeitgeber Rechnung getragen, wo und wie sie immer zum Vorschein kamen.

Die Abgg. **Martin** (Dtn.) und Dr. **Pinkerneil** (D.Vp.) **vertraten in ihren Ausführungen den krassen Unternehmerstandpunkt.** Namentlich der letztere griff die Betriebsräte in unerhörter Weise an und polemisierte gegen die Maifeiernden.

Abg. **Heinzelmann** (USP.): Der Abg. Pinkerneil hat **hier eine Schimpfkanonade gegen die Betriebsräte vom** Stapel gelassen. Wir sind in der Lage, Ihnen zu beweisen, in welcher Weise man die **Betriebsräte schikaniert und rücksichtslos auf das Straßenpflaster wirft.** Das ist brutalster **Unternehmerterror.** Redner führt dafür eine Reihe gravierender Beispiele an. Wenn die rechte Seite dieses Hauses im Bunde mit den Zechenbaronen nach Ueberstunden schreit, so mögen die Herrschaften, die solche Forderungen aufstellen, **im Sommer ihre Ferien dazu benutzen, einmal die Bergarbeiter abzulösen. Ich garantiere, daß nach 14 Tagen das Geschrei nach Ueberstunden und Ueberschichten verstummt** sein wird. Ein großes Geschrei haben die Herren **hier darüber** angestimmt, daß die Bergarbeiter den 1. **Mai** gefeiert **haben. Soweit die christlichen Bergarbeiterführer in Frage kommen, weise ich darauf hin, daß die Forderungen des** Maiprogramms der **Achtstundentag** sowie **Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung** sind. **Auch die Christlichen bekennen** sich dazu. Sie hätten also alle Ursache, uns in der Propaganda für diese Ziele zu unterstützen. Es ist ein Skandal, daß die Arbeitgeber für Arbeitsruhe am **1. Mai und 9. November den Urlaub kürzen** wollen, schon deshalb, weil sie sich dadurch 100 Millionen Mark in ihre Taschen wirtschaften. Herr Fischbach will den Bergarbeitern die höchsten Löhne zubilligen. In demselben Atemzug aber fordert er von ihnen Rücksichtnahme auf die allgemeine wirtschaftliche Lage **des deutschen Reiches. Dadurch werden die Bergarbeiter nicht satt.**

Genosse Heinzelmann ging sodann, unsere Stellungnahme dazu im einzelnen präzisierend, auf die vorliegenden **Anträge ein** und forderte zum Schluß die Sozialisierung des **Bergbaues,** weil nur dadurch der Anfang mit der Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung gemacht werden kann. (Lebhafter **Beifall links.**)

Abg. **Hartmann** (Dem.) trat für die vertriebenen Bergarbeiter Oberschlesiens ein und forderte vom Unternehmertum Toleranz gegenüber den Maifeiernden. Die Vorurteile gegenüber dem Betriebsrätegesetz müssen auf beiden Seiten überwunden werden.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Weiterberatung des Bergetats.

Volkswohlfahrt

Zur zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für das Rechnungsjahr 1922 brachte die unabhängige sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge ein:

Der Landtag wolle beschließen:

das Staatsministerium zu ersuchen, die Sozialisierung der Kurorte und Heilquellen anzubahnen;

das Staatsministerium zu ersuchen, die Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit in die Wege zu leiten;

im Kap. 20 (Seite 36) der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben (Wohnungs- und Siedlungswesen) folgenden Tit. 13a einzufügen:

13a Besondere Zuschüsse an Baugenossenschaften, welche Arbeiterwohnungen bis zu 4 Zimmer herstellen, 100 000 000 Mark;

Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, **daß die** Berufsgenossenschaften durch reichsgesetzliche **Regelung** verpflichtet werden, auch bei den unter 50 Prozent erwerbsbeschränkten Unfallrentnern eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung der Renten eintreten zu lassen;

Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß die **Erwerbslosenunterstützung, deren Höhe in keinem Verhältnis zu der allgemeinen** Preissteigerung steht, so aufgebessert wird, daß **auch die Erwerbslosen** die Möglichkeit haben, sich und ihre Familie vor dem Untergang zu bewahren.

Das Staatsministerium wird ersucht, dahin zu wirken, daß **Kinder aus Familien, in denen sie zu verwahrlosen drohen,** nicht wie bisher in Fürsorgeanstalten untergebracht, sondern Waisenhäusern zugeführt werden.

Das Staatsministerium wird ersucht, zur Kontrolle der Durchführung hygienischer und sanitärer Forderungen und Notwendigkeiten in den Fürsorgeanstalten einen Beirat einzusetzen, dem auch die parlamentarischen Fraktionen des Landtags anhören müssen.

Preußischer Staatsrat

Der Preußische Staatsrat wählte in seiner am Mittwoch abend abgehaltenen Sitzung die Mitglieder Dr. Weinberg (USPD.) und Hallensleben in die Staatsschuldenkommission.

Gegen den Gesetzentwurf betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in den Hohenzollernschen Landen wurden keine Einwendungen erhoben, ebenso gegen den Gesetzentwurf über die Erhöhung des Diensteinkommens der Gewerbe- und Handelslehrer und -lehrerinnen an den Pflichtfortbildungsschulen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten.

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages erledigte in zweiter Lesung die Entwürfe zum Gerichtskostengesetz zur Gebührenordnung der Notare. Als bedeutsam ist hervorzuheben, daß der Ausschuß die Erhebung einer Staatsabgabe von den Gebühren der Notare mit erheblicher Mehrheit ablehnte, dagegen den von der Staatsregierung vorgeschlagenen einheitlichen Tarif mit einigen Abänderungen annahm.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Generaldebatte über das Pensionskürzungsgesetz fortgesetzt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen zur Prüfung der Frage einen Unterausschuß einzusetzen.

Die Unfruchtbarkeit der preußischen Regierungskoalition

Unter dieser Ueberschrift untersucht die rechtssozialistische Frankfurter „Volksstimme" die bisherigen Ergebnisse der preußischen Regierungskoalition und gelangt hierbei zu einem vernichtenden Schluß für die rechtssozialistische Koalitionspolitik.

„Als die Sozialdemokratische Landtagsfraktion Preußens", so schreibt das Blatt, „mit einer Zufallsmehrheit von 4 Stimmen die „Große Koalition" von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie beschloß, rechneten Optimisten auf die „Demokratisierung der Verwaltung". Bis jetzt spürt das preußische Volk davon keinen Hauch. Im ganzen Verbreitungsbezirk der Frankfurter „Volksstimme" gibt es nur einen sozialdemokratischen Landrat, den Genossen Zimmermann in Höchst, den Herr Dominicus als Minister des Innern bestätigte, als kein Sozialdemokrat in der preußischen Regierung saß. Dafür wurde in Homburg dem Kreise ein strammer Reaktionär aufgezwungen, ohne daß dem Kreistag, wie es das Gesetz vorsieht, Gelegenheit gegeben wurde, einen Kandidaten für den Landratsposten in Vorschlag zu bringen. In einem hannoverschen Kreise wurde der Vorschlag der aus Welfen, Demokraten und Sozialdemokraten bestehenden Kreistagsmehrheit, einen bestimmten Demokraten als Landrat einzusetzen, abgelehnt und statt dessen ein Deutschnationaler ernannt. Das dem Erzieher des preußischen Volkes zu treuer Staatsgesinnung, Herrn Kultusminister Dr. Boelitz, unterstellte Provinzialschulkollegium versagte hartnäckig die Bestätigung der vom sozialistischen Berliner Magistrat gewählten sozialistischen Volksschulleiter, während es den vorurteilslos von diesem sozialistischen Magistrat gewählten bürgerlichen Rektoren seine Zustimmung gibt."

Es ist nicht zu verwundern, daß auch in den Kreisen der Rechtssozialisten die Abneigung gegen die bankrotte Koalitionspolitik immer mehr Gegnerschaft erfährt. Die Zeit wird auch kommen, wo man sie an den Nagel hängen muß, weil die Massen, die jetzt der rechtssozialistischen Partei noch blindlings Gefolgschaft leisten, sich nicht weiter wie Blinde gängeln lassen.

Pressekommissions-Sitzung

Sonnabend, 5 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule.

Billige Preise für hochwertige Kleidung

Schlüpfer und Raglans aus Homespun, Fischgrät und Diagonalstoffen .... M. 1600, 1400, 1200 **1000.00**
Schlüpfer und Raglans aus prima Stoffen in bester Verarbeitung .... M. 3000, 2600, 2400, 2220, 2000, 1900 **1800.00**
Paletots aus marengo Cheviot M. 3000, 2600 2400, 1800, 1650, 1400 **1000.00**
Sport-Paletots aus sehr gutem Covercoat, ganz mit Satinella gefüttert, M 3000, 2600, 2400, 1900 **1800.00**
Paletots Biedermeierform, aus farbigen Stoffen .... M. 2600, 2500, 2200 **2000.00**
Rockpaletots aus erstklassigem Covercoat, mit und ohne Samtkragen von ..... M. **3500.00**
Jackett-Anzüge aus guten farbig. Stoffen in vielen Mustern M. 1650, 1400, 1200 **950.00**
Jackett-Anzüge in den neuest. Must. u. Farbenstell. M. 2500, 2400, 2200, 2000, 1900 **1800.00**
Jackett-Anzüge aus erstklassigen Stoffen und in prima Verarbeitung, Ersatz für Maß .... M. 3300, 3000, 2700, 2600 **2400.00**

Cutaway u. Westen aus erstklassig. marengo- u. schwz. Stoff. M. 2700-2400 **2000.00**
Sport-Anzüge mit Breecheshose aus gutem Manchester, ohne und mit Futter .... M. 1500 **1350.00**
Sport-Anzüge mit Breecheshose, aus Lodenstoffen, Homespun und karierten Stoffen .... M. 1800, 1500, 1350 **1200.00**
Bozener Mäntel für Herren, aus prima Strichloden .... von **750.00** an
Bozener Mäntel für Damen, aus Strichloden .... von **525.00** an
Hosen gestreift, außergewöhnlich billig .... M. 250, 225, 200 **180.00**
Hosen aus gestreiftem Satin und Kammgarn .... M. 375, 325, 300 **275.00**
Hosen aus prima Stoffen, für Cutaways .... M. 750, 650, 600, 550, 475 **400.00**
Sporthosen Breechesform, aus gutem Manchester .... M. 675, 350 **300.00**
Sommer-Loden-Joppen von .... **450.00** an

Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot .... M. 1000 **850.00**
Knaben-Anzüge aus gut. farbig. Wollstoff, in all. Fassons u. Preislagen Gr. I v. M. **250.00** an
Knaben-Anzüge aus blauem Cheviot u. Kammgarn in nur gut. Qualität. Gr. I von M. **525.00** an
Burschen-Anzüge aus farbigen Wollstoffen Grösse VII .... von M. **320.00** an
Burschen-Anzüge in Jackett- u. Sportform, aus nur gut. Qualitäten Gr. VII von M. **560.00** an
Jünglings-Anzüge jeder Art u. Qualität, aus guten farbigen Stoffen Gr. XII von M. **900.00** an
Knaben-Pyjacks aus gutem blauen Cheviot und Tuchstoff von .... M. **670.00** an
Knaben- und Burschen-Pelerinen aus Strichloden von .... M. **200.00** an
Knaben-Waschanzüge Grösse I von M. **190.00** an

Lüster- und Leinenkleidung
in großer Auswahl, zu billigen Preisen
Strohhüte, Sporthemden Oberhemden, Rucksäcke, Krawatten, Badeanzüge
in großer Auswahl, sehr preiswert!

Außergewöhnlich preiswert! | **Wochentagsanzüge** aus sehr haltbaren Stoffen M. 600 **450.00**
| **Mäntel** aus sehr haltbaren Stoffen .... M. 600 **400.00**

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½ Uhr:
Der Traum ein Leben

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße 68
7½ Uhr:
Anna Boleyn

Staats-Theater
Opernhaus 7 Uhr:
Josephs-Legende
Cavalleria rusticana
Schauspielhaus 7½ Uhr:
Armand Carrel

Deutsches Theater
7½ Uhr:
Das Ende Schatten

Kammerspiele
8 Uhr
Einen Jux will er sich machen

Großes Schauspielhaus
7½ Uhr:
Judith

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus:
Tgl. 8 U. **„Gretchen"**
Glässner, Roberts

Berliner Theater
7.0 Uhr: **Madame Flirt**

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr

Elite-Sänger
u. a.: Liederspiel
„Fantasie im Rotweinkeller."
Ferner der lust. Einakter:
„Der Schipper"

Walhalla-Theater
7½ Uhr
Gasthaus zur Liebe

7½ **Casino-Theater** 7½
Der neue Schlager
Der Neffe aus Afrika.

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr
Verliebte Leute

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7½ Uhr:
Brot und Arbeit

Wallner-Theater
7½ Uhr.
D. beiden Nachtigallen

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 7½ Uhr:
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Trianon-Theater
Moral
v. Ludw. Thoma

METROPOL VARIETÉ
Behrenstraße 54
8 Uhr
Intern. Varieté-Programm

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7½, Sonnt. a. 3 U.
Nur noch kurze Zeit!
Wunder-Affen. Kletterhund.
Das lust. Manegesch.
„Ueber's großen Teich". Wild-West

WANDERKARTEN
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlg. „Freiheit", Breite Str. 8-9

Hochaktuell
Soeben erschien:
Der Kampf in Genua

Rede Tschitscherins auf der Konferenz in Genua und vollständiger Text des Memorandums der russischen Delegation an die Konferenz in Genua.

Preis M. 3.— 40 Seiten Organisationen M. 2.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D. oder direkt durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Zahngebisse! Platin-, Gold- u. Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn! **Glühstrumpfasche** kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Altmetalle
zahlt hohe Preise. Oderberger Str. 1. Reinickendorfer Str. 107.

Platin, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse pro Zahn **30 M.**
kauft zu reellen Tagespreisen
Edelmetall-Zentrale-Lemberg Inhaber E. Quatz,
Neukölln, Bergstrasse, Eingang Gülbenstrasse, im Laden
Straßenbahnlinien: 7, 15, 10, 22, 47, 48, 55.
5 Minuten vom Ringbahnhof Neukölln.

Altmetalle, Kupfer
Messing, Blei, Zink usw. kauft
Metall-Verwertung Badstr. 34 I. Hof rechts
Händler Extrapreise.

Heilanstalt
für inn. u. äuss. Krankheiten, Nervosität, Magen- u. Verdauungsschwäch., Mattigkeit, Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerz., Herz-, Nier.-, Leb.- u. Gallenld., Haut-, Harn- und Frauenleiden. Syph., schnelle, schmerzlose Behandlung.
Untersuch. u. Berat. kostenl.
G. Andres, Invalidenstr. 147, I. Et.
Sprechst. 9 - 1 u. 3—8.

Tüchtige
erste Verkäuferinnen
für
Handschuhe
sofort gesucht
Meldungen: 1-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1-2

Verkäuferinnen
für
Seidenstoffe
gesucht
M e l d u n g e n
v. 11 - 12 vorm. u. 5 - 7 nachm.
Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Todes-Anzeige

Montag, den 15. Mai, früh 1¾ Uhr, entschlief nach schwerem Leiden unser lieber Kollege

Rudolf Brückner

Der Entschlafene gehörte mit zu den Begründern unserer Berufsorganisation und war seit mehr denn dreißig Jahren unermüdlich und selbstlos für die Interessen unserer Kollegen mit tätig.
Sein Andenken wird in unseren Reihen unvergeßlich sein.
Im Namen der Branche der Gold- und Silberarbeiter.
(Deutscher Metallarbeiter-Verband).
Die Branchenkommission.
Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 19. Mai, abends 6½ Uhr im Krematorium, Gerichtstraße 37.

16. Distrikt, Bezirk 120
Am 13. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter
Karl Tiedemann
Lorestr. 6. – Die Einäscherung findet am Freitag, 19. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. – Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes
Robert Gebauer
sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere den ... [illegible]
... Sohn.
Maabol, [illegible]
Brunnenstraße 10[illegible]

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.
Bekanntmachung.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß werden hiermit zu der am
Freitag, den 26. Mai 1922, abends 8 Uhr
im **Wirtshaus „Albrechtshof"** Albrechtstr. 16, hier, stattfindenden
außerordentlichen Ausschußsitzung
eingeladen.
Tagesordnung.
1. Änderung der §§ 19, 20, des § 49 vom Satz 2 ab und des § 70 der Kassensatzung.
2. Verhandlung über den Antrag Schnell und Genossen betr.
a) Bericht mit Belegen über den Stand der Kasse und Vermögensverhältnisse per 30. 4. 1922.
b) Verschiedenes.
3. Geschäftliche Mitteilungen.
Berlin-Steglitz, den 17. Mai 1922.
Der Vorstand.
Liebe, Vorsitzender.

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer 20 M.
Schwarz. Krausen 22 M.
Portorico 24 M.
Gold echt 27 M.
Kraus Gr. Hamb. Straße 1.

Verkäufer
für
Seidenstoffe
gesucht
M e l d u n g e n
v. 11 - 12 vorm. u. 5 - 7 nachm.
Kaufhaus des Westens
Berlin W 50
Tauentzienstr.

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsst. Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.50 M., jed. weitere Wort im Text 1.25 M. nette Stellengesuche: Überschriftswort 2.-, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

Verkäufe

Staunenerregend!
Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen. Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Auf Teilzahlung!
Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Beniger, Oranienburger Str. 58 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Hosen!
Preiswerte Angebote! Arbeitshosen 138.—, 168.—, 198.—, Gestreift schöne Muster 248.— 288.— 338.— Ersatz für Maß 378.— 428.— 468.— usw. — Verkauf an Händler und Private! Breeches, Jünglings- und Bauchhosen in größter Auswahl in allen Längen und Weiten. München-Gladbacher Hosen-Zentrale Schöneberg, Goltzstraße 7. Fahrlinien, 3, 5, 10, 52, 69, 160, D, H (62, 82, 80, 94, 162). Fahrgeldvergütung.

Central-Leihhaus
Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

Nirgends besser
kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Fahrgeld-Vergütung. — Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Bettwäsche allerbilligst!
Eröffnungsverkauf nur diese Woche zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Gelegenheit nicht versäumen. Deckbettbezüge von 126.—, Laken 88.—, Handtücher 22.50, Hemdentuch 32.50, Inlette, Wäschestoffe, Damaste zu Fabrikpreisen. Kelleke Spezial-Bettwäschefabrik Brunnenstraße zehn (am Rosenthaler Platz)

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Nörze, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Möbel

Chaiselongues,
Chaiselongdecken 475.—, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450.—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Chaiselongues,
275.—, Metallbetten 350.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen. Meike, Auguststr. 32a. Quergebäude.

Auf Teilzahlung.
Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, eindeutiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Geiser Gottlieb, Kollendorfstraße 22a, 2. Etage, Nähe Kollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Gut und billig.
Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl. Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Küchen,
moderne, mit und ohne Karichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Altmetalle
und Kugellager kauft zu höchsten Tagespreisen. Pook, Markusstraße 27c.

Kugellager,
alle, dreiteilige, Kugellager, kauft Autokeufer, Oderberger Straße 1.

Arbeiter Schewerjew,
Roman aus dem Russischen von Eliasin, kauft Buchhandlung „Freiheit", Breitestraße 8—9.

Schnellbrechstahl
Schmirgelleinen, kauft Hirsch, Ruppinerstraße 37.

Zähne
und Brillenrestbleche kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Lindenstraße 50.

Fahrräder

Fahrradankauf.
Lindenstr. 19.

Hilfsmotorräder!
Fahrräder, Riesenauswahl. Schlaue, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradankauf
höchstgebend, Brückner, Gitschiner Straße 78.

Siedlungen

Selbstbau-
Siedlungen Fredersdorf, Hohenneuendorf, Adlershof, Zehlendorf. Siedlungsverein Steglitz, Treitschkestraße 15.

Soeben erschien:
I. WARDIN
Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution

Inhalt: Vom Februar bis Oktober / Die Oktoberrevolution und die Menschewiki / Die Menschewiki im Lager der Weißen / Die Menschewiki und die Intervention / Die Menschewiki in der „Sowjeteinkreisung" / Menschewismus und Terrorismus
Was ist die Partei der Menschewiki?

Preis M. 6.— 60 Seiten Organisationen M. 5.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D. oder direkt durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Friedrich Adler an Klara Zetkin

Das Sekretariat der IASP. teilt mit, daß es heute folgendes Schreiben abgesendet hat:

Wien, den 14. Mai 1922.

An die Delegation der Kommunistischen Internationale des Neuorganisationskomitees, zu Händen der Genossin Klara Zetkin, Berlin.

Werte Genossen!

Wie ich bereits am 10. d. M. telegraphisch mitgeteilt habe, hat der Sekretär der Zweiten Internationale, Genosse Macdonald, den Vorschlag gemacht, daß das Neunerkomitee am 22. Mai in Köln zusammentreten soll. Bis heute habe ich von Ihnen keine Antwort bekommen, ob Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind; aber ich hoffe, daß, da nun die organisatorischen Schwierigkeiten, die seitens der Zweiten Internationale bestanden, nun endlich beseitigt sind, kein weiterer Aufschub des Zusammentritts des Neunerkomitees stattfinden wird.

Dieser Zusammentritt scheint mir um so dringender, als die Gefahr besteht, daß sich die Schwierigkeiten, die sich der Ermöglichung eines Internationalen Arbeiterkongresses entgegenstellen, in der Zwischenzeit neuerlich häufen. Ich habe schon in meinem Schreiben vom 4. d. kurz darauf hingewiesen, „daß die nach der Berliner Konferenz wiedereinsetzende neuerliche Verfolgung von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) und der Linken Sozialrevolutionäre . . . keineswegs geeignet sind, die psychologischen Vorbedingungen für den Zusammentritt des Internationalen Arbeiterkongresses zu verbessern.“

Inzwischen aber kommen immer wieder neue Nachrichten aus Rußland, die die Haltung der kommunistischen Vertreter an der Berliner Konferenz in ein eigenartiges Licht rücken. Sie haben damals einen Antrag der Exekutive der I. A. S. P. abgelehnt, der gefordert hat, daß in die gemeinsame Erklärung folgender Passus aufgenommen werde:

> Die Konferenz erklärt, daß es die Pflicht aller proletarischen Parteien ist, sich in ihrem Lande für die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen mit aller Energie einzusetzen, insbesondere jener, die sich noch aus der Zeit des offenen Bürgerkrieges in Untersuchung oder Strafhaft befinden.

Wir haben diese Ihre bedauerliche Haltung in einer Erklärung an der Berliner Konferenz festgestellt. Aber wir haben nicht erwartet, daß eine derartige Aera neuer Verfolgungen, die sich auf eine frühere Periode der politischen Kämpfe in Rußland beziehen, nun, nach der Berliner Konferenz, abermals einsetzen wird.

Die der IASP. angeschlossenen russischen Parteien, nämlich die Sozialdemokratische Partei Rußlands (Menschewiki) und die linken Sozialisten-Revolutionäre haben vor und während der Berliner Konferenz eine geradezu vorbildliche Haltung im Interesse der Ermöglichung der internationalen Aktion eingenommen. Sie haben im Interesse dieser internationalen Aktion und der Ermöglichung internationaler Beratungen darauf verzichtet, Bedingungen bezüglich des Terrors gegen sozialistische Parteien in Rußland zu stellen und haben auch während der Berliner Konferenz die größte Zurückhaltung in den Fragen der Verfolgungen, die sie erleiden, geübt.

Trotzdem feierlich erklärt worden war, daß nach der Aufhebung der Tscheka Sozialisten nur auf gerichtlichem Wege verfolgt werden, hat man Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands massenhaft auf administrativem Wege nach Turkestan, nach dem Gouvernement Wjatka und nach dem Hungergebiet Ostrußlands deportiert. Nach der offiziellen Statistik des Volkskommissariats für Inneres sollen bis zum 1. April d. Js., also bis zum Beginn der Berliner Konferenz, im ganzen 2576 Personen aus politischen Gründen deportiert worden sein. Von diesen waren nur 15 Prozent Monarchisten und Weißgardisten, 20 Prozent parteilose Arbeiter und Angestellte, aber 65 Prozent Angehörige der sozialistischen Parteien! Bloß 22 Sozialisten wurde die Erlaubnis gegeben, ins Ausland zu reisen.

Nun, nach der Berliner Konferenz, kommt wiederum die Nachricht, daß Ende April 160 Mitglieder der menschewikischen Parteiorganisationen in Südrußland deportiert worden sind! Und einer, ein mutiger, alter Parteigenosse, an dessen Ueberzeugungstreue auch die Kommunisten nicht zweifeln werden, Genosse Astrow, ist dieser Deportationsmethode zum Opfer gefallen, er ist auf dem Wege nach Turkestan, wohin man ihn trotz seiner schweren Krankheit verschickt, gestorben. Und ein ähnliches Schicksal droht immer wieder Sergei Jeschow, dem Mitglied des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der immer wieder, offenbar weil er der Bruder des Exekutivmitgliedes der IASP. und Ersatzmannes im Neunerkomitee, des Gen. Martow, ist, immer von neuem drangsaliert wird, so daß ihm schließlich kein anderes Mittel, als der Hungerstreik blieb.

Und ebenso steht es mit den Verfolgungen der linken Sozialrevolutionäre. Ich will durchaus nicht alle ihre Handlungen und Methoden im Bürgerkrieg rechtfertigen, wenngleich auch Sie zugeben werden, daß sie durchwegs aus revolutionären Motiven hervorgegangen sind. Aber so sehr ich begreife, daß Sie sich in der Zeit des Bürgerkrieges gegen die terroristischen Methoden der Sozialrevolutionäre nicht anders wehren konnten, als mit den Mitteln des Terrors, so erschüttert es das proletarische Rechtsbewußtsein, wenn wir vernehmen, daß für Taten, für die bereits von der Sowjetregierung Amnestie erteilt wurde, nachträglich Verfolgungen einsetzten und neuerliche Verurteilungen erfolgten. 42 linke Sozialrevolutionäre sind Ende April in den Hungerstreik getreten und haben ihn durch neun Tage durchgeführt. Nun kommt heute die Nachricht, daß der Hungerstreik von neuem ausgebrochen ist. Das Telegramm, das ich erhalte, lautet:

> **Die linken Sozialisten-Revolutionäre im Moskauer Gefängnis traten in den Hungerstreik. Am dritten Tage ringen Kachowskaja und Kamkow mit dem Tode.**

M. A. Spiridonowa hat wiederholt ersucht, ihr wegen ihres Gesundheitszustandes die Ausreise ins Ausland zu gestatten. Sie erhielt vom Leiter der Tscheka die Antwort, daß diese Ausreiseerlaubnis nicht erteilt werden könnte, da „das Leben im Ausland auf den Gesundheitszustand der Spiridonowa ungünstig einwirken könnte“. Mit solchem Hohn behandelt man eine zum Tod erkrankte Revolutionärin.

Sie werden verstehen, daß die Häufung derartiger Tatsachen in der letzten Zeit die Schwierigkeiten, die dem Internationalen Arbeiterkongreß entgegenstehen, bedeutend steigern müssen. Es genügt nicht, für diesen Arbeiterkongreß schöne Proklamationen zu erlassen, es bedarf auch der Taten, die ihn möglich machen. Und daher ersuche ich Sie, nicht nur bis zur Sitzung des Neunerkomitees über alle angeführten Tatsachen das Material zu sammeln, damit das Neunerkomitee in der Lage ist, sich rasch ein Urteil zu bilden, sondern vor allem auch sofort bei der russischen Sowjetregierung zu intervenieren, damit die Schande des Hungerstreiks, den sozialistische Gefangene gegen eine Regierung, die das Proletariat vertreten will, führen, ein Ende nimmt.

Die IASP. will den internationalen Arbeiterkongreß, sie wird alles tun, um ihn zu ermöglichen, aber sie kann es nicht ertragen, daß den ihr angeschlossenen russischen Parteien übermenschliche Opfer auferlegt werden.

Mit proletarischem Gruß

für das Sekretariat der IASP:

Friedrich Adler.

Offener Brief

an die Genossen, die als Vertreter des europäischen Proletariats nach Moskau gehen.

Werte Genossen!

Alle linken Sozial-Revolutionäre, die sich in Moskau in Haft befinden, sind am 9. Mai wieder in den Hungerstreik getreten. Bis zum 16. Mai dauerte der Hungerstreik noch. Der letzte Hungerstreik hat neun Tage, bis zum 10. April 1922, gedauert. Die Genossen sind sehr schwach. Kamkow, Kachowskaja, Bogatschew, Trontewski und Majorow — Mitglieder des Zentral-Komitees unserer Partei — sind dem Tode nahe.

Im Moskauer Gefängnis sind jetzt 42 Genossen, die nur einen kleinen Teil aller Genossen, die in bolschewistischen Gefängnissen in Haft gehalten werden, bilden. Diese 42 Genossen haben insgesamt während der Diktaturperiode der Russischen Kommunistischen Partei 87 Jahre 9 Monate abgesessen und insgesamt mehr als 880 Tage gehungert!

Die Mehrzahl ist nicht nur nicht vor ein Gericht gestellt, sondern überhaupt nicht verhört worden!

Sie fordern jetzt, daß man sie freigibt oder ins Ausland verschickt.

Ohne die Hilfe der europäischen Genossen werden die 42 Hungernden sterben, denn sie haben beschlossen, entweder frei zu sein oder zu sterben — sie können nicht mehr im Gefängnis bleiben!

Wir sind sicher, daß sie, werte Genossen, die als Vertreter des europäischen Proletariats nach Rußland gehen, die einstimmige Forderung des gesamten Proletariats der ganzen Welt, der Freilassung der Sozialisten, an die Bolschewistische Regierung übergeben werden.

Für die Auslands-Delegation der Partei
der Linken Sozial-Revolutionäre (Internationalisten)
Alexander Schreider

Berlin, den 16. Mai 1922.

Der Prozeß gegen Sozialrevolutionäre

Daß die von der Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien und der 2. Internationale gestellten Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre eine Vertagung des im Mai angesetzten Prozesses beantragt haben, wurde bereits mitgeteilt. Nunmehr ist dem Antrag von dem russischen Justizkommissariat entsprochen worden. Allerdings wird dieses halbe Entgegenkommen, das sich aus der Notwendigkeit ergab, daß sich die Verteidiger über die Anklage orientieren können, von der Moskauer „Prawda“, dem offiziellen Organ der Sowjetregierung, mit heftigen Ausfällen gegen die ausländischen Verteidiger der Sozialrevolutionäre begleitet. Die „Prawda“ kündigt sogar an, daß sich die Vertreter eine ständige Ueberwachung werden gefallen lassen müssen, um — darin liegt die Gemeinheit — die Bolschewiki vor der militärischen Spionage und der umstürzlerischen Tätigkeit der Verteidiger zu schützen.

Einer Meldung des „Populaire“ zufolge werden als Vertreter der Exekutive der 3. Internationale neben dem Heer der Sowjetabgesandten noch Frossard, Klara Zetkin, Sadoul, Bordiga, Muna und Wichnien dem Prozeß beiwohnen.

Einstellung der Vollstreckung der Moskauer Todesurteile. Das Moskauer Tribunal erhielt vom Präsidium des Allrussischen Zentralexekutiv-Komitees Befehl, die Vollstreckung des über die Pröpste Dobroljubski, Samoserski und Nadeshdin und der anderen Angeklagten in der Sache des Widerstandes gegen die Sequestrierung des Kirchenguts gefällten Todesurteils einzustellen. — Sollte man wirklich schon mit der Vollstreckung begonnen haben?

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(74. Fortsetzung.)

Spricht er das Wort „gefälscht“ aus, so bedeutet dies verabredetermaßen: das Bild ist wertvoll und selten. Eine Anzahl weiterer Ausdrücke, über die man sich vorher geeinigt hat, belehren den Kommis über den Preis, den er für das Bild oder das Buch bezahlen soll. Ich erinnere mich, daß die Worte „Kummer und Gram“ zehn Rubel bedeuteten; „Nikon, der Tiger“ wurde für fünfundzwanzig Rubel gesagt. Ich schämte mich, wenn ich sah, wie der Verkäufer von den beiden geprellt wurde, doch beobachtete ich andererseits mit Interesse das pfiffige Spiel des „Sachverständigen“.

„Die Nikonianer, diese schwarzen Kinder Nikons, des Tigers, bringen unter Anleitung des Satans das Schlimmste fertig. Hier zum Beispiel scheint die Grundierung echt, und die Bekleidung scheint von derselben Hand gemalt, aber das Gesicht, sieh her! — das stammt von einem anderen Pinsel. Die alten Meister, wie Pimen Uschakow, der allerdings ein Ketzer, aber doch auch ein großer Maler war, führten ihre Bilder vollständig mit eigener Hand aus, Bekleidung und Gesicht malten sie selbst, hobelten auch die Tafel selbst und grundierten selber. Das verstehen die gottlosen Leutchen unserer Tage nicht! Früher war die Heiligenmalerei ein wahrhaft heiliger Beruf, heute aber ist sie eine „Kunst“, wie sie es nennen, eine freie Kunst!“

Er legt das Bild behutsam auf den Ladentisch, setzt seine Mütze auf und sagt:

„Ach, die Sünde, die Sünde!“

Dieses Wort bedeutet: „Kauf's auf jeden Fall!“

Der Bauer ist ganz berauscht von den süßlich frommen Worten des Alten und von seiner Sachkunde, und er wagt die angstvolle Frage:

„Was ist also mit dem Bilde, Verehrter?“

„Was mit dem Bilde ist? Es ist von einem Nikonianer gemalt.“

„Das kann nicht sein. Die Großväter und Urgroßväter haben davor ihre Gebete verrichtet . . .“

„Nikon hat aber früher gelebt als dein Urgroßvater!“

Der Alte nimmt das Bild, hält es dem Verkäufer vor die Augen und sagt, diesmal schon in ganz strengem Tone:

„Sieh es dir doch ganz genau an, wie heiter die Farben sind! Das soll ein Heiligenbild sein? Ein Gemälde ist es, eitel Kunstgeschmiere, nikonianische Tändelei! Keine Spur des alten Geistes ist darin! Wie käme ich dazu, dir die Unwahrheit zu sagen? Ich bin ein alter Mann, habe um der Wahrheit willen Verfolgungen erlitten, werde mich bald vor Gott zu verantworten haben — da sollte ich so gegen mein Gewissen handeln? Das hätte wirklich keinen Sinn!“

Er tritt aus dem Laden auf die Terrasse hinaus, ganz gebeugt von greisenhafter Schwäche und gekränkt durch das Mißtrauen in sein kundiges Urteil. Der Kommis bezahlt für das Bild ein paar Rubel, und der Verkäufer entfernt sich mit einer tiefen Verneigung gegen Peter Wassilitsch. Mich schickt man in die Schenke nach kochendem Wasser zum Tee. Bei meiner Rückkehr finde ich den Vorleser sichtlich erholt und gutgelaunt vor, er betrachtet den Kauf mit zärtlichem Blicke und belehrt den Kommis:

„Sieh doch her: das Bild ist von strengster Schule, die Malerei sehr fein, mit Gottesfurcht ist's gemalt! Alles Menschliche ist darin ausgeschieden . . .“

„Wer hat es gemalt?“ fragt der Kommis, vor Freude umherhüpfend und übers ganze Gesicht strahlend.

„Das brauchst du nicht zu wissen.“

„Und wieviel würde ein Kenner wohl zahlen?“

„Das weiß ich nicht. Gib es mir, ich will's jemandem zeigen . . .“

„Ach, Peter Wassilitsch . . .“

„Verkauf' ich's, so bekommst du fünfzig Rubel ab, was darüber ist, gehört mir . . .“

„Ach, Peter Wassilitsch . . .“

„Was heißt da ach, ach!“

Sie trinken Tee und feilschen dabei schamlos um das Heiligenbild, wobei sie einander mit rechten Gaunerblicken ansehen. Der Kommis ist offenbar ganz in der Hand des Alten. Sobald dieser fort ist, wird er es mir sicherlich auf die Seele binden, daß ich mich vor der Ladenbesitzerin nicht verplappern soll, jetzt aber fragt er, nachdem er endlich mit dem Alten einig geworden, in munterem Tone:

„Na, und was gibt's sonst Neues in der Stadt, Peter Wassilitsch?“

Der Vorleser fährt sich mit der gelben Hand durch den Bart, wobei seine schmalzigen Lippen zum Vorschein kommen, und beginnt vom Leben der reichen Kaufleute zu erzählen, von ihren Geschäften, ihren Trinkgelagen, Krankheiten, Hochzeiten, von den ehebrecherischen Beziehungen der Männer und Frauen. Wie eine geschickte Köchin die Pfannkuchen, so bäckt er diese fettigen Erzählungen fix und rund zurecht und gießt sein zischendes Lachen als Tunke darüber. Das runde Gesicht des Kommis färbt sich dunkel vor Neid und Bewunderung, seine Augen sind ganz in schwärmerisches Sinnen versunken, und er sagt, trübselig seufzend:

„Die Leute leben! Und ich armer Schlucker . . .“

„Jeder hat sein Schicksal,“ tönt die gedämpfte Baßstimme des Schriftkundigen. „Dem einen schmieden es die Engel mit silbernen Hämmerchen, dem anderen der Teufel mit dem Beilrücken . . .“

Dieser zähe, sehnige Greis weiß alles, kennt das Leben der ganzen Stadt, alle Geheimnisse der Kaufleute, Beamten, Popen und Kleinbürger. Er ist scharfsichtig wie ein Raubvogel und hat etwas vom Wolf und zugleich vom Fuchs in seinem Wesen. Ich fühle mich versucht, mit ihm anzubinden, doch blickt er auf mich nur so aus der Ferne, wie durch einen Nebel. Er scheint mir von einem leeren Raum umgeben; will ich mich ihm nähern, so stürze ich irgendwohin ab. Ich fühle in ihm eine gewisse Verwandtschaft mit dem Heizer Schumow heraus.

Der Kommis ist von der geistigen Ueberlegenheit des Vorlesers überzeugt und kann sie offen und in seiner Abwesenheit nicht genug rühmen. Doch hat er auch Augenblicke, in denen er, gleich mir, das Bedürfnis empfindet, dem Alten die Wahrheit zu sagen.

„Eigentlich bist du doch ein rechter Leutebetrüger,“ sagt er plötzlich und sieht ihm keck ins Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Groener und die Eisenbahnmaßregelung

In der Sitzung des Reichstags vom 12. Mai antwortete der Reichsverkehrsminister Gröner auf die Rede unseres Genossen Aufhäuser hinsichtlich der Vorwürfe, daß noch immer Maßregelungen von Eisenbahnern wegen Beteiligung an dem letzten großen Streik vorgenommen werden, nach dem amtlichen Stenogramm:

„Dann möchte ich mir noch erlauben, zu der Entschließung auf Nr. 4219 folgendes zu bemerken: Ziffer 1 dieser Entschließung ist dadurch tatsächlich erledigt, daß seit Wochen keine neuen Anträge auf Disziplinarverfahren mehr eingelaufen sind. Zur Sicherheit habe ich heute noch verfügt, daß grundsätzlich keine neuen Untersuchungen wegen Streikvergehen eingeleitet werden sollen. Ausnahmen in besonders schweren Fällen unterliegen meiner Genehmigung. Nachforschungen haben jedenfalls zu unterbleiben. Das ist den Direktionen als Verfügung zugegangen."

Unsere Genossen im Lande werden gut tun, den Direktionen den Wortlaut der ministeriellen Erklärung unter die Nase zu halten, damit auch die Maßregelungen auf eigene Faust unterbleiben. Vor allem hat aber auch der Reichseisenbahnminister Groener die Pflicht, gegen willkürliche Maßregelungen durch die Eisenbahndirektionen mindestens ebenso unnachsichtlich vorzugehen, wie gegen die verfassungswidrig verfolgten Eisenbahner.

Spitzenverbände und Schlichtungsordnung

ADGB. und Afa-Bund an den Reichstag

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß in dem Regierungsentwurf zu einer Schlichtungsordnung Bestimmungen enthalten sind, die eine bedeutende Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften darstellen. Wie aus einer Eingabe des ADGB. und des Afabundes an den Reichstag hervorgeht, haben die Spitzenverbände diese Gefahr durchaus erkannt. Die Eingabe läßt dem Parlament keinen Zweifel darüber, daß die Gewerkschaften jene Bestimmungen unter allen Umständen ablehnen müssen und unterbreitet gleichzeitig Vorschläge zu deren Abänderung. Nach dem „Vorwärts" handelt es sich in der Hauptsache um folgende Absätze des Regierungsentwurfes, wogegen die Spitzenverbände die schwersten Bedenken haben.

Paragraph 1 der Allgemeinen Vorschriften bestimmt, daß zu den Gesamtstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, die vor dem Schlichtungsausschuß zum Austrag kommen sollen, u. a. auch „die Verletzung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen der Arbeitnehmer" gehören. Anstelle der in Anführungsstrichen stehenden Worte soll es nach dem Vorschlage des ADGB. heißen:

„Die Interessen der Arbeitnehmer, die über den Rahmen des einzelnen Arbeitsverhältnisses hinausgehen . . ."

Dem § 7 soll eine Erläuterung des Begriffs der wirtschaftlichen Vereinigungen in folgender Fassung angehängt werden:

„Als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Absatzes 1 gelten auf Arbeitnehmerseite nur solche, die

1. die Mitgliedschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe abhängig machen;
2. Arbeitgeber als Mitglieder nicht aufnehmen und keine Unterstützungen und sonstige Zuwendungen von Arbeitgeberseite annehmen;
3. die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnehmen."

Weiter fordern die Spitzenverbände, daß die Vorsitzenden der Schlichtungsämter nicht von den obersten Landesbehörden zu ernennen seien, sondern von den Bezirkswirtschaftsräten gewählt werden sollen. In demselben § 23 Abs. 1 soll das Wort „Vorbildung" durch „Fähigkeit" ersetzt werden, weil der Leiter einer Schlichtungsstelle in erster Linie wirtschaftliche und soziale Kenntnisse und Erfahrungen besitzen muß. Gleichfalls wird das Recht jederzeitiger Kündigung und Absetzbarkeit gefordert.

In der Hauptsache aber wenden sich die Spitzenverbände gegen den berüchtigten § 55. Mit Recht sagen sie, daß dieser Absatz für größere Bewegungen das Streikrecht überhaupt illusorisch macht. Das Schlichtungswesen sei unvereinbar mit Zwangseingriffen in gesetzlich gewährleistete Rechte, wie Versammlungs- und Streikrecht. Eine viel sichere Grundlage für die Schlichtung bilden die Gewerkschaften. Jede Partei muß selbständig darüber entscheiden, mit wem und ob sie verhandeln will. Deshalb schlagen die Spitzenverbände folgende Fassung des § 55 vor:

„Wird bei einer Gesamtstreitigkeit die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde von einer beteiligten Partei angerufen, so hat sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten, die beteiligten Parteien zur Verhandlung zu laden und falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schiedsspruch zu fällen."

In der Begründung dieses Vorschlages heißt es u. a.:

„Freiwillige Pflichten wirken erzieherisch, während gesetzlicher Zwang schematisch wirkt und erbittert und die Handhabe bildet zu Schadenersatzansprüchen, die die Gewerkschaften gefährden. Eben weil die Gewerkschaften selbst solche Verpflichtungen übernommen haben, empfinden sie die Bedrohung durch Zwang als unerträglich und gefährlich."

Die Begründung schließt unter Hinweis auf eine Entschließung über Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten und lebenswichtigen Betrieben, die dem im Juni stattfindenden Gewerkschaftskongreß vorgelegt werden soll. —

Lohnforderungen der Staatsarbeiter

Noch keine Einigung

Im Reichsfinanzministerium wurden vorgestern zwischen den Vertretern der Regierung und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften Verhandlungen über die Forderungen der Reichs- und Staatsarbeiter geführt.

Die Gewerkschaften stellten die Forderung auf, daß den höchstbezahlten Arbeitern in der Lohnklasse I der Ortsgruppe A eine Stundenlohnerhöhung von 5,50 Mk., den mindestbezahlten Arbeitern in Lohngruppe 7 der Ortsklasse B ein solcher von 4,20 Mk. gezahlt werde. Das Angebot der Regierung ging dahin, den Arbeitern der beiden genannten Kategorien nur 4,70 Mk. bezw. 2,80 Mk. zu zahlen. In den von den Gewerkschaften geforderten Beträgen war bereits eine Erhöhung der Kinderzulage enthalten, während die Regierung die Ansicht vertrat, die Kinderzulage abgesondert vom Lohn zu zahlen, und zwar sollte dieser Betrag um 40 Pfg. pro Arbeitsstunde erhöht werden. Nach längerer Debatte erklärten sich die Vertreter des Finanzministeriums bereit, den Kinderzuschlag so zu teilen, daß ein Betrag von 20 Pfg. als reiner Kinderzuschlag bestehen bleiben, während die restlichen 20 Pfg. auf die Lohnerhöhung aufgeschlagen werden sollten. Der Regierungsvorschlag sah weiterhin vor, daß bei den Arbeiterlöhnen eine Spannung von 20 Pfg. zwischen den einzelnen Ortsklassen entstehen sollen, während die Gewerkschaften, um die Mindestlöhne den Höchstlöhnen anzugleichen, darauf bestanden, daß die Spanne zwischen den Ortsklassen nur 10 Pfg. betragen solle. Da diese Forderungen über den Entwurf der Regierung ziemlich erheblich hinausgingen, wurden die gestrigen Besprechungen abgebrochen, da die Vertreter des Reichsfinanzministeriums dem Kabinett zuförderst die aufgestellten Lohnforderungen vorlegen und die Stellungnahme der Regierung zu der Mehrbelastung abwarten wollen.

Neue Erhöhung der Bahntarife. Vom 1. Juni ab werden die Frachttarife für Güter und Tiere und für Expreßgut um 25 Prozent erhöht. Das Reichsverkehrsministerium rechtfertigt die Erhöhung mit der Steigerung des Kohlenpreises, des Schwellenmaterials und der anderen Materialien.

Ein Kommunist zum Landrat gewählt. In der Montagsitzung des Kreistages von Halle wurde der kommunistische Arbeitersekretär Grabow in Halle mit 15 Stimmen zum Landrat des Saalekreises gewählt. Der Demokrat Mugat erhielt zehn, der kommissarische Leiter Regierungsrat Müller (Soz.) zwei Stimmen. — Man darf gespannt sein, wie lange und mit welchem Erfolge man nach Gründen sucht, dem Kommunisten die Bestätigung zu versagen.

Oltwig von Hirschfeld. Der frühere Fähnrich Oltwig von Hirschfeld, der wegen geistiger Erkrankung in der Strafhaft in die psychiatrische Klinik in Freiburg gebracht war und unlängst aus ihr entlassen worden ist, befindet sich, wie der amtliche Preußische Pressedienst meldet, wieder in Strafhaft.

Groß-Berlin

Die Kulturmission des Magistrats

Wie wenig die Bezirke Groß-Berlins auch nur ein Fünkchen von Selbstverwaltung ihr eigen nennen, beweisen aufs schlagendste die Haushaltspläne der Verwaltungsbezirke, richtiger gesagt: der Bedarfsanmeldungen, die der Magistrat fast noch unbarmherziger als im letzten Jahre ganz schematisch zusammengestrichen hat. Wer auch nur ein paar dieser Bezirksvoranschläge, an die Bezirksamts- und Bezirksversammlung Wochen und Monate eifrigster Arbeit verwendet haben, durchsieht, wird entsetzt sein über die Rücksichtslosigkeit, um nicht zu sagen Brutalität, mit der die Finanzbürokraten des zentralen Magistrats mit dem Rotstift in den sorgsam aufgebauten Zahlenreihen der Bezirke gewütet haben. Dabei sind es gerade die dringendsten Aufgaben der Gegenwart, Unterricht, Jugendpflege und soziale Fürsorge, die am meisten, ja fast ausschließlich unter diesen Streichungen zu leiden haben. Selbst die dringendsten Aufgaben der Bezirke auf Bereitstellung von Mitteln für die unbedingt notwendige Ergänzung der Lehrmittel, Turngeräte, Lehrer- und Schulbüchereien sind in sämtlichen Bezirken auf einen Bruchteil zurückgedrückt worden. Schulschwestern und Fürsorgeschwestern, deren Vermehrung namentlich in den Bezirken von räumlicher Ausdehnung erforderlich ist, sind gestrichen. Kleine Schulneu- und Umbauten, die selbst bei der gegenwärtigen Teuerung nur ein paar hunderttausend Mark ausmachen, sind rücksichtslos gestrichen. Die Reise- und Umzugskosten für Lehrkräfte sind auf einen so lächerlich geringen Betrag verkleinert worden, daß unter den heutigen Verhältnissen der Umzug einer einzigen Lehrkraft den ganzen Haushaltsposten verschlingt. Für Reisestipendien und Fortbildungskurse ist nichts stehen geblieben. Die Schulhaushaltspläne der Bezirke, in denen fast allein noch die Selbstverwaltung ein Dasein führt, machen den Eindruck, als ob lediglich die Lehrergehälter vorhanden seien, während sachliche Ausgaben so gut wie gar nicht zur Verfügung gestellt werden. Da die Schulen auch nur dreimal wöchentlich gereinigt werden, so kann das keine andere Folge haben als die Verwahrlosung unseres gesamten Schulwesens von den Gemeindeschulen bis zu den Gymnasien und Lyzeen.

Wilhelm Freythalers Heimgang

Am Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr wurde die sterbliche Hülle Wilhelm Freythalers auf dem Friedhof in Friedrichsfelde zur letzten Ruhe gebettet. Eine größere Zahl Leidtragender, namentlich älterer Genossen aus der Partei und den Gewerkschaften, hatten sich eingefunden, um dem alten Kameraden das letzte Geleite zu geben.

Genosse Carl Leid, der ein ganzes Menschenalter mit dem Verstorbenen zusammen arbeitete, widmete ihm einen tiefempfundenen Nachruf. In großen Zügen malte er ein Lebensbild des alten Klassenkämpfers, indem er seiner vorbildlichen politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit gedachte. Er wies auf seine Lebensarbeit als langjähriger Vorsitzender des ehemaligen 6. Berliner Reichstagswahlkreises hin und knüpfte daran für die Jüngeren die Mahnung, sich die unerschütterliche Treue des Heimgegangenen zum Sozialismus und zur Partei als Vorbild dienen zu lassen. — Warme Worte des Gedenkens rief dem Dahingeschiedenen der Zentrale und der Reichstagsfraktion der Genosse Fritz Kunert nach.

Am Grabe legten Beauftragte des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg USPD., des Metallarbeiterverbandes, der Konsumgenossenschaft und der Redaktion des „Vorwärts" Kränze nieder. Dann schloß sich über dem alten Kämpfer der Hügel.

Wilhelm Freythaler war ein echter Sohn des Volkes. Kampfbegeistert für die Idee des Sozialismus, sind ihm bittere Erfahrungen und Enttäuschungen nicht erspart geblieben. Ein tapferer und vor allem — ein guter Mensch.

Auch der Name Wilhelm Freythaler ist eng verknüpft mit der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Wer den einfachen und schlichten Mann kannte, wird ihn niemals vergessen können.

Weshalb?

Weshalb führt das „Neue Volkstheater" solche Stücke auf, wie „Anna Boleyn" (6 Szenen von Emil Bernhard)? Das möchte ich gerne wissen!

Es ist eines der unbedeutendsten, dilettantischsten Theaterstücke, das ich je in meinem Leben gesehen habe. Es gibt kaum eine wertvolle oder auch nur originelle Szene, kaum ein kluges, schönes oder auch nur originelles Wort in dem ganzen Stück. Der Verfasser hat einfach sechs verschiedene Szenen aus dem Leben der Anna Boleyn herausgeschnitten, wie sie in jedem mittelmäßigen historischen Lesebuch zu finden sind. Er erzählt, wie der König Heinrich, seiner alt gewordenen Frau überdrüssig, sich in die hübsche junge Anna verliebt, wie er um sie wirbt, wie sie nicht seine Maitresse, sondern nur seine rechtmäßige Frau und Königin werden will, wie sie ihren Wunsch erreicht, wie der König auch ihrer überdrüssig wird und sich in die Dritte, in Jane Seymour verliebt und die Anna unter irgendeinem Vorwand zum Tode verurteilen läßt. Diese historischen Tatsachen werden nicht irgendwie dramatisch verknüpft und gesteigert, nicht irgendwie aus den Charakteren der Personen oder aus den Sitten und Anschauungen jener Zeit motiviert, sondern einfach abgemalt, wie die historischen Geschichtchen auf den Nürnberger Bilderbogen. Nicht einem einzigen Charakter geht der Verfasser auf den Grund. Er macht sogar den albernen Schwindel aller königstreuen Historiker mit, die immer so tun, als ob der geile Heinrich von England nur deshalb von einer Frau zur anderen gelaufen wäre, weil keine ihm einen Sohn gebar und weil er durchaus einen Nachfolger haben wollte. Als ob dieser würdige Vertreter des Königtums nicht, wie andere Menschen, weil es ihm Spaß machte, sondern aus reinem Pflichtgefühl in seine sechs verschiedenen Ehebetten gestiegen wäre! Als ob der fehlende Sohn nicht bloß ein Vorwand gewesen wäre, mal wieder eine andere Frau zu nehmen! — Nicht einmal dieser historische Schwindel wird in diesem Theaterstück klargelegt, gar nicht daran zu denken, daß irgendein Charakter, des historischen Maskenkostüms entkleidet, wirklich menschlich dargestellt würde. Eine einzige Szene hat der Verfasser frei erfunden: er läßt die entthronte, alte Königin und die neugekrönte, schwangere Anna zusammentreffen. Aus diesem Zusammentreffen der beiden um die Krone und um den geliebten Mann kämpfenden Rivalen hätten wohl einige menschliche Töne geholt werden können. Ansätze dazu sind auch da. Aber sie werden schließlich doch von lauten Deklamationen und großen Worten übertönt. Im übrigen erhebt sich selten eine größere Szene über das Niveau der üblichen historischen Festspiele.

Da solche Stücke ja keinem Menschen nahe gehn, auch dann nicht, wenn sie aufgeführt werden, so braucht man kein Wort über dieses unbeträchtliche Stück zu verlieren. — wenn nicht ausgerechnet das „Neue Volkstheater" sich für die Aufführung eines so zwecklosen Stückes hergäbe. Es ist mir nicht begreiflich, was die Volksbühne damit bezweckt? Will sie Geschichtsunterricht erteilen? Oder was will sie? Es hat wirklich fast den Anschein, als setzte diese Bühne ihren Ehrgeiz darin, alle harmlosen Stücke der neuen deutschen Literatur aufzuführen. Außer ein paar expressionistischen Ekstase-Dramen, deren Wert schon außerdem zweifelhaft war, habe ich in diesem Volkstheater nun schon ein katholisches Propagandastück (Dietzenschmidt), ein unbedeutendes Lustspielchen (Schuster Aiolos) und nun diese völlig wertlosen historischen Bilderbogen gesehen. Gewiß, man ließe sich eines dieser an sich ebenso harmlosen wie unbedeutenden Stücke gefallen, wenn es in einer Reihe anderer, wertvoller, wichtiger Dramen und so nebenbei durch den Spielplan rutschte. Die Literatur ist übervoll von wundervollen, der großen Menge der Volksbühnenbesucher noch unbekannten Dramen — und man spielt solche Sachen hintereinander, wie Fulda, „Aiolos" und „Anna Boleyn"? Sind das die Aufgaben einer Volksbühne? Und wenn man durchaus moderne, lebendige Dichter zu Wort kommen lassen will, nun schön, weshalb spielt man dann nicht Kaiser, Sternheim, Schickele, Romain Rolland?, sondern lauter zwar unbekannte, aber auch ebenso unbedeutende Autoren?

Von der Aufführung selbst will ich lieber schweigen. Ich habe selten eine so hilflose Regie gesehen. Bezeichnend für sie war die erste Liebesszene zwischen dem König und der noch keuschen Anna. Nicht flüsternd, leise, überzeugend, wie das Liebesleute und auch verliebte Könige zu tun pflegen, sagte er ihr seine heißen Worte — er brüllte vielmehr, als ob er eine Schwadron Husaren kommandiere, oder als ob die schöne Anna eine schwerhörige alte Vogelscheuche wäre. Das Publikum aber war sehr befriedigt und klatschte Beifall. Und das war das Traurigste an diesem traurigen Abend.

Hans Siemsen.

Heilung von Paralyse durch Malaria. Nachdem schon früher Versuche zur Besserung der Paralyse durch Fieber gemacht waren, sind neuerdings in großem Maßstabe die Erreger der Malaria dazu herangezogen. Die einheimische Malaria tertiana verläuft im allgemeinen so leicht, daß unter ärztlicher Aufsicht von ihr keine ernsten Zwischenfälle zu befürchten sind. Während man noch vor kurzem froh war, die Krankheit in unserer Heimat immer mehr los zu sein, wird jetzt schon in einer großen Klinik durch Weiterimpfen von Paralytiker auf Paralytiker die Malaria dauernd gezüchtet und zu Heilungen mit so gutem Erfolg verwandt, daß man ihrer nicht mehr entraten mag. In einem hohen Prozentsatz gelang es, den Kranken ihre volle Arbeitsfähigkeit im Beruf wiederzugeben, in vielen Fällen sind wenigstens erhebliche Besserungen eingetreten und das bei einer Krankheit, die bisher als unheilbar galt. Es zeigt sich wieder, daß jedes Ding seine zwei Seiten hat, und ein Missetäter, geeignet angestellt vom menschlichen Geiste, hervorragendes leisten kann. Die Beobachtung, daß in Ländern wärmeren Klimas die Paralyse sehr viel seltener ist als bei uns, könnte sich vielleicht aus ihrer allgemeinen Verseuchung mit Malaria erklären, und die Tatsache, daß dort gerade bei Städtern die Paralyse vorkommt, sowie in Berufen, deren Gesundheit besondere Sorgfalt zuteil wird, deren Schutz vor Malaria oder Heilung von derselben also auch besser ist als in anderen Volksschichten, scheint fast wie eine Bestätigung einer solchen Hypothese. Eine der größten Geißeln jener Länder würde dann auch ihr großer Wohltäter sein.

Der Leseeifer der Kruppschen Arbeiter. Ueber die Kruppsche Bücherhalle finden sich in den „Kruppschen Monatsheften" interessante Angaben des Bibliothekars Schumm, die den wachsenden Leseeifer der Benutzer erkennen lassen. Schon im ersten Jahre gehörten 5000 Angehörige des Werkes zu den dauernden Lesern der Bücherei. 1914 waren von den insgesamt 29 887 Arbeitern 23 689 Benützer der Bibliothek. Während des Krieges schwankte der Leserstand beträchtlich. Jetzt sind ungefähr wieder die Zahlen von 1914 erreicht. Da Lesekarten nur an die in der Fabrik beschäftigten Personen ausgegeben werden, aber auf die meisten Karten ganze Familien lesen, so kann man die Gesamtzahl der Benützer auf etwa 50 000 schätzen. Zweigstellen der Bücherhalle befinden sich in sechs in und bei Essen gelegenen Kolonien, von denen jede über einen Bücherbestand von 3000 bis 9000 Bänden verfügt. In dem Verzeichnis der Hauptbücherei sind gegenwärtig etwa 30 000 Werke verarbeitet. Ausgeliehen wurden im ersten Betriebsjahre 1899/1900 etwas über 94 000 Bände. Die Höchstzahl waren 1913/14 mit über 720 000 Bänden erreicht, sie betrug im Jahre 1920/21 wieder mehr als 440 000 Bände.

Ein zensuriertes Stück von Dostojewski. Das Manuskript eines bisher unveröffentlichten Stückes von Dostojewskis Roman „Die Dämonen" ist in einer kürzlich geöffneten Kassette gefunden worden. Das Stück, das die Beichte Stawrogins enthält, eine abgeschlossene Episode des großen Werkes, war bisher aus angeblich moralischen Rücksichten auch in Rußland ungedruckt geblieben. Jetzt soll es in einer Uebertragung von Wolf von Mickwitz in der großen Piperschen Gesamtausgabe der Werke Dostojewskis erscheinen. Nach Zusicherung der Russischen Regierung wird darin auch der ganze übrige, jetzt zugängliche Nachlaß des Dichters deutsch erscheinen, gleichzeitig mit der Originalausgabe des Russischen Staatsverlages.

Der Straßenbahnverkehr

Die wesentlichen Veränderungen zur Erzielung eines wirtschaftlichen Verkehrs auf schwach benutzten Strecken sind im großen und ganzen jetzt durchgeführt und können als abgeschlossen gelten, so daß nunmehr durchgreifende Aenderungen nicht mehr durchgeführt werden. Die letzten dieser Aenderungen werden voraussichtlich im Laufe des Juni durchgeführt.

In Aussicht genommen ist die Verlängerung der Linie 43, die jetzt am Kreuzberg endet, und die wieder bis nach Schöneberg. Mühlenstraße verlängert werden soll. Ihre spätere Weiterführung nach Wilmersdorf oder dem Bahnhof Zoologischer Garten ist in Aussicht genommen. Der Betrieb auf der Linie 140 soll verstärkt werden, ebenso soll auch auf der Linie 151 eine Spätverbindung mit der Siedlung Lindenhof hergestellt werden, so daß der letzte Wagen kurz vor 12 Uhr in Lindenhof eintrifft, und um 12 Uhr nachts von dort noch bis nach Schöneberg zurückfährt. Als letzte der wesentlichen Veränderungen von Linienführungen wird auf der Linie 91 E, die jetzt von Wilmersdorf nach dem Spittelmarkt verkehrt, eine wesentliche Veränderung durchgeführt. Die Linie wird zur besseren Bedienung des Nordens durch die Gertrauden-, Spandauer-, Rosenthaler-, Brunnenstraße nach Reinickendorf, Kirche, verlängert und stellt so eine neue Verbindung Reinickendorfs mit dem Potsdamer Platz und Wilmersdorf dar, mit der ein alter Wunsch der Reinickendorfer erfüllt worden ist.

Auf Veranlassung der Handelskammer wird noch eine Linienänderung zur Verbesserung des Verkehrs durch die Prinzenstraße voraussichtlich jedoch erst zum Herbst durchgeführt. Die Straßenbahnlinien 16 und 116, die jetzt durch die Markgrafen-, Hollmann- und Wasserstraße verkehren, sollen von diesem Zeitpunkt ab eine andere Linienführung erhalten, und zwar durch die Zimmer-, Linden- und Ritterstraße geführt werden, während der Ring 9 gleichzeitig über das Hallesche Tor, und zwar durch die Linden- und Blücherstraße geführt werden soll. Damit werden dann auch die letzten Linienveränderungen durchgeführt und dem Ringe 9 einen graderen Verlauf an Stelle einer großen Umwegfahrt gegeben.

Die Elternbeiratswahlen

Ein Reinfall der christlichen Unpolitischen

Der evangelische Elternbund hatte für die 7 Schulen des Westens zum 8. Mai eine öffentliche Versammlung nach der Schulaula, Pallasstraße 15, einberufen, in der das Thema behandelt werden sollte: Wie erhalten wir der Schule den christlichen Charakter. Referenten waren: Pfarrer Henselmann, Moabit und Pfarrer von der Heydt, Zwölfapostelkirche. Die Versammlung war äußerst schwach besucht. Aber bald füllten unsere Genossen, unter ihnen viele sozialistische Lehrer, Lehrerinnen und einige sozialistische Stadtverordnete, die Hälfte des Raumes. Genosse Lehrer Schöne, USP., beantragte vor dem Referat zur Geschäftsordnung freie Diskussion für die sozialistischen Lehrer, die auch zugesagt wurde.

Das Referat des Pfarrers Henselmann bestand in Umdrehungen und Ausfällen gegen den Sozialismus, die mit sachlichen Zwischenrufen beantwortet wurden. Gegen Schluß des Referats stellte der Pastor bedeutende Verstärkung unsererseits fest.

Trotz des gegebenen Versprechens wurde die Diskussion nicht zugelassen. Die Versammlung, in der schließlich unsere Genossen dominierten, nahm deshalb einen recht stürmischen Verlauf. Mit Recht konnte den Christlichen der Vorwurf der „Heuchelei und der Feigheit" gemacht werden.

Nach dieser Demaskierung der Christlich-Unpolitischen versammelten sich unsere Genossen am Rednerpult, stimmten die Internationale an und zogen singend aus der Aula.

Mitteilungen und Versammlungen

Genossen und Leser der „Freiheit"! Es ist Ehrenpflicht, daß Ihr die in dieser Rubrik veröffentlichten Mitteilungen beachtet und die angekündigten Versammlungen besucht!

Königstädtische Oberrealschule. Sozialistische Eltern aller Richtungen, deren Kinder die Königstädtische Oberrealschule, Pasteurstraße, besuchen, werden gebeten, ihre Adresse umgehend dem Genossen Hermann Reppenhagen, N.O. 18, Höchste Straße 4, Aufgang A IV, mitzuteilen.

125. Gemeindeschule. Freitag, den 19. Mai, abends 7½ Uhr, findet in der Aula der 125. Gemeindeschule in der Andreasstraße, eine öffentliche Elternversammlung statt. Thema: Aufklärung über die weltliche Schule. Erscheinen aller Eltern, auch der „Unpolitischen", sehr erwünscht; für die Genossen ist es Pflicht!

12. Bezirk. Große öffentliche Wählerversammlung am Freitag, dem 19. Mai, abends 7 Uhr, im Paulsen-Realgymnasium zu Berlin-Steglitz, Arndtstraße. Der bekannte Schulreformer, Prof. Oestreich, spricht über die Bedeutung der Elternbeiratswahlen. Proletarier erscheint in Massen. Gegner haben volle Redefreiheit.

20. Distrikt. Freitag, den 19. Mai, abends 7 Uhr, Schulaula Görlitzer Straße 51, große öffentliche Versammlung. Thema: Elternbeiratswahlen und das Proletariat.

Freie Lehrergewerkschaft. Sonnabend, den 20. Mai, abends 7 Uhr, pünktlich, Zimmer 109, im Rathause Arbeitssitzung: Die Elternbeiratswahl. Elternbeiräte sind herzlich eingeladen.

Friedenau. Freitag, den 19. Mai, abends 7½ Uhr, große öffentliche Wahlversammlung zu den bevorstehenden Elternbeiratswahlen in Friedenau Homuthgymnasium, Homuthstraße.

Schöneberg. Dienstag, den 23. Mai, abends 7½ Uhr, große öffentliche Versammlung in der Hohenzollernschule, Belziger- Ecke Eisenacher Straße. Thema: Die bevorstehenden Elternbeiratswahlen.

Spandau. Freitag, den 18. Mai. Die Abteilungs- und Gruppenleiter sowie sämtliche Elternbeiratskandidaten unserer Partei müssen pünktlich 7 Uhr abends im Lehrerzimmer der 2. Gemeindeschule an der Jubiläumsturnhalle zur wichtigen Besprechung anwesend sein.

Auskunfts- und Beschwerdestelle in Neukölln. Die von der Bezirksversammlung Neukölln im alten Rathause, Berliner Straße 63/4, 1 Treppe, Zimmer Nr. 235, eingerichtete Beschwerdestelle ist an jedem Donnerstagnachmittag von 5—7 Uhr geöffnet. Es sind in diesen Stunden Bezirksverordnete anwesend, um Beschwerden und Wünsche der Einwohnerschaft entgegenzunehmen. Die Stelle ist außerdem an sämtlichen Wochentagen von 8—3 Uhr nachmittags, Sonnabends von 8—1 Uhr geöffnet.

Die Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte gibt bekannt, daß die nächste Besprechung mit den nach § 11 des Schwerbeschädigtengesetzes bestellten Vertrauensmännern in den Groß-Berliner Betrieben am Montag, den 22. Mai 1922, abends 7 Uhr im Bürgersaal des Rathauses, Eingang Königstraße (Fahrstuhlbenutzung), Eingang Spandauer Straße, stattfindet. Rege Beteiligung ist erwünscht. In den Monaten Juni, Juli und August fallen die Besprechungen aus.

Eröffnung eines neuen Untergrundbahnhofes auf der Westendstrecke. Der Betrieb der Untergrundbahn endete bisher am Reichskanzlerplatz; nur bei sportlichen Veranstaltungen an Sonntagen wurden die Züge bis zum Bahnhof Stadion durchgeführt. Vom Sonnabend, dem 20. Mai d. J., ab wird nunmehr ein regelmäßiger Durchgangsbetrieb bis zum Bahnhof Stadion eingerichtet und gleichzeitig der zwischen Reichskanzlerplatz und Stadion gelegene Untergrundbahnhof „Neuwestend" eröffnet werden, um den dort in letzter Zeit schon ausgeführten und noch im Bau begriffenen umfangreichen Siedelungen direkten Schnellverkehr zur Stadt zu schaffen.

Verlorene Verbandsbücher Am Sonnabend, dem 13. Mai, nachmittags in der Zeit von 1—½3 Uhr hat ein Verbandskassierer auf der Fahrt von Gesundbrunnen nach Zentralviehhof ein Paket mit 30 Verbandsbüchern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes (eingewickelt in Zeitungspapier) verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselben auf dem Verbandsbüro des Tabakarbeiter-Verbandes, Berlin, Münzstr. 24, 3 Tr., gegen Erstattung der Unkosten abzuliefern. Vor Mißbrauch der Verbandsbücher wird hiermit nachdrücklichst gewarnt.

Die „polnische Wanda" ist der Spitzname der beschäftigungslosen Wanda Galetzka, die unter der Anklage des Straßenraubes vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stand. Die Angeklagte ist aus dem Polnischen nach Berlin gekommen. Sie trieb sich abends und nachts mit verschiedenen „Beschützern" in der Gegend des Schlesischen Bahnhofs umher und suchte junge und ältere Straßenpassanten in ihre Netze zu fangen und ihnen dann unter Assistenz ihrer plötzlich aus dem Dunkel auftauchenden Komplizen ihre Geldtaschen zu rauben. Drei solcher Fälle standen zur Anklage, darunter ein Fall, der sich am Michaelkirchplatz ereignete und ein blutiges Ende fand. In diesem Falle ist es zwischen dem Opfer und dem Helfershelfer der Angeklagten, einem gewissen Malewski, zu einem Kampf auf Leben und Tod gekommen, wobei der Ueberfallene in der größten Notwehr ein Messer zog und es dem gewalttätigen Menschen in den Hals stach mit dem Erfolge, daß der Getroffene an Ort und Stelle verstarb. — Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte, die sich bei der Beraubung beteiligt hat, zu zwei Jahren Zuchthaus.

Selbstmorde und Selbstmordversuche. Der 35 Jahre alte Schaffner Friedrich L. trank auf dem Gemeindefriedhof in Weißensee Lysol. Man brachte den Besinnungslosen nach dem Krankenhause, wo die Aerzte an seinem Aufkommen zweifeln. — Den 58 Jahre alten Schlächter Franz W. fand man in seiner Wohnung in der Christinenstraße tot auf. Er hatte sich erschossen. — In seiner Wohnung in der Güntzelstraße erschoß sich der 39 Jahre alte Kaufmann Kurt v. Sch. in dem Augenblick, als ein Kriminalbeamter eine Durchsuchung der Wohnung wegen eines gestohlenen Ringes vornehmen wollte. — Auf dem Boden seines Wohnhauses in der Warschauer Straße erhängte sich der 66 Jahre alte Droschkenkutscher Hermann M. aus unbekannten Gründen. — Mit Gas vergiftete sich der 55 Jahre alte Arbeiter Fritz H. in seiner Wohnung in der Winzstraße. — Am Gitter eines Straßenbaumes in der Dernburgstraße hat sich in der gestrigen Nacht ein etwa 50—60 Jahre alter Mann erhängt.

Eine Schießerei in einem Hotel gab gestern früh Veranlassung, das Ueberfallkommando der Schutzpolizei nach der Krautstraße 29 zu rufen. Hier war der 26 Jahre alte Mechaniker Kwast mit einem Straßenmädchen erschienen und hatte für beide ein gemeinsames Zimmer verlangt. Als ihm der Hotelwirt die Aufnahme verweigerte, zertrümmerte er einige Scheiben, griff den Wirt an und gab mehrere Schüsse ab, durch die der Monteur Josef Schnitzler, der in dem Hotel angestellt ist, und auch die Begleiterin des Wüterichs erheblich verletzt wurden. Das Ueberfallkommando war bald zur Stelle und machte den Burschen unschädlich.

Gasvergiftung. Als in der gestrigen Nacht der Techniker Georg Kiesewetter nach seiner Wohnung im Hause Liebenwalder Straße 40 heimkehrte, fand er seine sechsjährige Tochter Margot und die zur Aufsicht des Kindes bestellte 55 Jahre alte Frau Auguste Altmann tot auf. Allem Anschein nach liegt Fahrlässigkeit beim Ausdrehen des Gashahnes vor.

Gewerkschaftliches

Nachträgliches zur Maifeier

Reaktionäre Arbeitgeber-Passivität der Angestellten.

Die diesjährige Berliner Maifeier war nach allgemeinem Urteil die größte Demonstration, die je die Stadt in ihren Mauern sah. Und doch befriedigte uns dieser Massenaufmarsch der Berliner Arbeiter- und Angestelltenschaft nicht ganz. Denn während die ersteren bis auf verschwindende Ausnahmen feierten, waren die Beamten und Angestellten nur sehr spärlich vertreten. Wir bemerkten schon am 3. Mai in einem Demonstrationsbericht der Bankangestellten vom 2. d. M., daß wir es gerne gesehen hätten, wenn diese Angestellten in ebenso großer Zahl tags zuvor für die ideellen Forderungen demonstriert hätten, wie sie es für ihre materiellen Ziele taten, und versprachen, auf diese Dinge noch zurückzukommen.

Vor uns liegt ein Bündel von Schriftstücken, in denen uns mitgeteilt wird, in welcher scharfmacherischen Manier manche Unternehmer gegen ihr Angestelltenpersonal sich erdreisten vorzugehen, weil es sich nicht nehmen ließ, den 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstrativ zu feiern. Da sind u. a. die Märkischen Elektrizitätswerke, die Brennabor-Werke in Brandenburg a. d. H., die sattsam bekannte Berliner Commerz- und Privat-Bank mit ihrem kapitalistischen Direktor Möbius — der unserer Meinung nach mal politisch vermöbelt werden müßte — und weiter die Berliner Privat-Telefon-Gesellschaft, die in einem unverschämten Rundschreiben sich die „Tyrannei ihrer Angestellten" nicht gefallen lassen will.

In allen Fällen erlaubten sich diese Industrie- und Finanzpaschas mit der Brotlosmachung ihren Angestellten zu drohen und gingen teilweise zu Aussperrungen ihres Personals über. Zu alledem ist folgendes zu sagen: Genau dasselbe Verfahren beliebten die Unternehmer bis vor dem Kriege auch gegen die Arbeiter, und zwar in ziemlich großem Umfange, anzuwenden. Da die gewerkschaftlichen Organisationen aber darauf bestanden, und die Arbeiterschaft zu erkennen gab, unter allen Umständen den 1. Mai zu feiern, gaben die Unternehmer ihr reaktionäres Verhalten auf und klein bei. Dasselbe Spiel wird jetzt gegenüber den Angestellten und Beamten getrieben, getreu der Devise: Teile und herrsche!

Begünstigt wird dieses Vorhaben durch eine gewisse Passivität der Angestellten- und Beamtengewerkschaften. Es genügt nicht, einige Tage vor dem 1. Mai allgemeine Aufrufe zu erlassen, die die Mitglieder zur Maifeier veranlassen sollen. Daher kann folgendes festgestellt werden: Am 1. Mai waren sämtliche Banken mit ihrem ungeheuren Personal in Betrieb. Desgleichen die großen Gesellschaften und die vielen, vielen Aemter, sowohl privater wie staatlicher Natur. Und nur ein verschwindender Teil dieser Schichten beteiligte sich an der Maifeier. Wir haben auch eine Menge Zuschriften aus den Kreisen dieser Berufsgruppen erhalten und von Mitgliedern der verschiedenen freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände. Eine dieser Zuschriften scheint uns so bemerkenswert, daß wir einiges daraus wiedergeben wollen. Es heißt da:

„Es wird viel zu wenig agitiert, viel zu wenig Aufklärungsarbeit geleistet. Als bestes Beispiel für die Unregsamkeit der Angestelltenorganisationen innerhalb der freien Gewerkschaften dient die diesjährige Maifeier. Um auf einen konkreten Fall zu kommen, verfolgten wir die Art und Weise, wie der Butab, „Bund der techn. Angestellten und Beamten" den Maitag unter seinen Mitgliedern vorbereitet, richtiger gesagt, zu vorbereiten unterlassen hat. Die Zentralleitung erließ einen kleinen Aufruf in der sozialistischen Presse und forderte seine Mitglieder auf, korporativ an der Maidemonstration teilzunehmen. Was aber die Zentralleitung nicht unternommen hat, das war die Erteilung entsprechender Instruktionen an die Vertrauensleute in den einzelnen Büros bzw. Betrieben. Es wäre Aufgabe der Vertrauensleute gewesen, die Stillegung der Arbeit am 1. Mai auch für die Angestellten zu erwirken, oder wenigstens die Arbeitsruhe für die Butab-Mitglieder generell, ohne jegliche Schikanen wie persönliches Ersuchen um Beurlaubung auf den 1. Mai durchzusetzen. Dies geschah aber nicht. Nicht einmal bei der AEG, Friedrich-Karl-Ufer, wo von 13 Angestelltenräten 9 auf die freigewerkschaftliche Liste entfallen, hat man etwas von einer Beteiligung an der Maidemonstration gehört."

Diese Ausführungen bestätigen unsere eingangs gemachten kritischen Bemerkungen. Es dürfte sich notwendig erweisen, daß die Angestellten-Organisationen die Unterlassungen, die in der Zuschrift bemängelt wurden, in Zukunft beheben. Außerdem halten wir es für unumgänglich notwendig, in der Gewerkschaftspresse dieser Verbände nicht nur am 1. Mai einen Maiartikel zu bringen, sondern rechtzeitig auf die Bedeutung dieses Tages hinzuweisen und die Notwendigkeit der Teilnahme an dieser Demonstration zu erörtern. Zudem muß versucht werden, bei Abschluß von Tarifverträgen ausdrücklich in einer Klausel die Freigabe des 1. Mai festzulegen. Damit würde dann ein Streitpunkt aus der Welt geschafft sein und der Passivität der Angestellten der nötige Boden entzogen werden. Wir hoffen, daß diese wenigen Bemerkungen Beachtung finden und die nächste Maifeier solche nachträgliche Ausführungen überflüssig macht.

Delegierte des Afa-Bundes. Wie bereits mitgeteilt, findet heute abend 6½ Uhr im obern Saal der Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59, eine Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Afa-Bundes statt.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Kartoffeln große Pfund 2.40
Rhabarber ..... Pfund 1.20
Frischer Spargel Pfund von 8.00 an
Schnittbohnen ca. 2 Pfd.-Dose 21.75

Landleberwurst ... Pfund 34.00
Gr. Bauernmettwurst Pfd. 39.50
Mettwurst a. Braunschw. Art, Pfd. 49.50
Leberwurst i. Dos., ungew., Pfd. 14.00

Gefr. Kaninchen ..... Pfund 11.50
Kabliau ohne Kopf, im ganzen ..... Pfund 6.80

Leipziger Str. Frisches Fleisch Alexanderplatz

Gehacktes ..... Pfund 30.00
Kalbsrücken ..... Pfund 25.00
Kalbskeulen ..... Pfund 27.00
Schw.-Schinken und Blatt ..... Pfund 38.00
Prima Suppenfleisch Pfd. 36.00

Schweinenieren gefroren Pfund 11.00
Hammelrücken gefroren Pfund 23.00
Rindfleisch ohne Knochen, gefroren ..... Pfund 36.00

Tfl.-Margarine Pfd. 32.50
Rinderfalg ausgelassen Pfund 35.00
Schweineschmalz amerik. Pfd. 44.50
Gem. Marmelade Zuckergehalt, Pfd. 11.00

Tafelsalz ..... Pfund 65 Pf.
Schnittnudeln mit Frischei hergestellt ... Pfund 18.50
Gebrannte Gerste .. Pfund 10.50
Kaffee-Ers.-Mischung 10% Bohn. Pfund 15.00

Reis mit Tomaten ..... ca. 2-Pfund-Dose 14.75
Corned beef ..... Pfund 29.50

Weinbrand-Verschnitt** ½ Flasche 37.50 ¼ Flasche 67.50
Deutscher Weinbrand*** ½ Flasche 42.50 ¼ Flasche 78.50

1920er Oberh. Maikammerer ½ Flasche 20.00
1920er Partenh. Geiersberg ½ Flasche 22.50
Montagna-Naturrotwein ..... ½ Flasche 25.00

Ohne Flasche. 20% Steuerzuschlag

Werftarbeiterstreik in Stettin „abgewürgt"

Kommunistische Schwindeleien

Genosse Tost schreibt uns:

Die „Rote Fahne" Nr. 227 veröffentlicht einen ihr aus Stettin zugegangenen Bericht über die Beendigung der Aussperrung auf der Vulkanwerft, in dem wörtlich folgende Behauptung enthalten ist. „Am Dienstag morgen fand eine Betriebsversammlung statt. Der Kampfgeist war noch immer ein guter, die Arbeiter protestierten gegen die Entlassung der „überzähligen" Arbeiter und waren für Fortführung des Kampfes. Das Hauptvorstandsmitglied Tost vom Deutschen Metallarbeiter-Verband erklärte aber, daß dann keine Streikgelder vom Hauptvorstand gezahlt werden."

Folgende Feststellungen mögen zunächst genügen, um diese Behauptung als eine Lüge zu kennzeichnen.

Bei Beginn der Versammlung der Vulkanarbeiter teilte der Bevollmächtigte Reuter mit, daß am gleichen Tage, abends 6 Uhr, Unterstützung ausgezahlt wird. Trotzdem versuchte das Betriebsratsmitglied Rummel dem Vorstand Sabotage durch Nichtauszahlung der Streikgelder vorzuwerfen! Er behauptete gehört zu haben, daß ich während der Verhandlungen erklärt haben soll, der Vorstand wolle keine Unterstützung an die Streikenden zahlen. Am Tage vorher fand ebenfalls eine Versammlung statt, in der ich auseinandersetzte, daß ich alles erdenkliche tun werde, und auch alles getan habe, damit die Gelder so schnell als möglich der Verwaltung Stettin überwiesen werden. Nachdem in der letzten Versammlung Rummel seine unbegründeten Vorwürfe gegen den Vorstand abermals erhob, habe ich dann, nachdem eine Reihe von Kollegen gesprochen hatten, diese falsche Behauptung richtig gestellt. Kein Wort ist von meiner Seite während der Versammlung gefallen, daß der Vorstand die Streikunterstützung nicht zahlen könne, oder wolle. Weder Rummel noch andere Redner, die nach mir sprachen, sind auf diese Angelegenheit nochmals zurückgekommen.

Das Vorgehen der „Roten Fahne", sowie ihres Gewährsmannes ist zu durchsichtig, und es müßte den Lesern der „Roten Fahne" selbst auffallen, daß nach dem betreffenden Bericht die kommunistischen Genossen von einer Fortführung des Kampfes abgeraten haben. Die kommunistischen Verhandlungsteilnehmer haben am Tage vorher erklärt, daß nach einem Fortfall der neun Punkte, welche die Direktion der Vulkanwerke nicht mehr zur Bedingung der Arbeitsaufnahme machte, kein anderer Weg als die Arbeitsaufnahme den Kollegen empfohlen werden könne. Nachdem es durch das Eingreifen der Gewerkschaften gelang, ein Unterschreiben dieser neun Punkte durch die Arbeiterschaft zu verhindern, der wesentlichste Streitpunkt also beseitigt war, wird nunmehr versucht, die Verantwortung für den Abschluß dieser Bewegung durch Verleumdungen abzuwälzen. Vielleicht ist es der „Roten Fahne" möglich, ihren Gewährsmann zum öffentlichen Eintreten für seine Behauptungen zu veranlassen.

Tost.

Aus der Fassung geraten!

Aus unserem Bericht über die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter ging hervor, daß die Kommunisten bei der Wahl zur Ortsverwaltung mit Glanz durchfielen. Darob geriet die „Rote Fahne" außer Rand und Band. — In der Mittwochmorgennummer wird erzählt, daß die unabhängige Ortsverwaltung sich die Mehrheit „ergaunert" hat und daß die „Amsterdamer Drahtzieher" „auf jede Demokratie" — Kommunisten plädieren für die Demokratie! — pfeifen und daß jene verruchten Unabhängigen sich einem „engstirnigen Parteiegoismus" verschreiben.

In dieser — Gaunersprache (um uns der Terminologie der „Roten Fahne" zu bedienen) wird gegen unsere Genossen und gegen unser Organ polemisiert und die schwersten Anklagen erhoben. Das ist natürlich entsetzlich! Gemildert wird aber dies fürchterliche Uebel dadurch, daß die — „Rote Fahne" diese „Beschuldigungen" erhebt . . .

Zum Schluß heißt es aber: „Die Arbeiterschaft will nicht den Parteiegoismus, sondern die Einheitsfront".

Wie diese Einheitsfront gefördert wird, sahen wir oben.

Verbandstag der Buchbinder

In Cassel wurde der 14. Verbandstag der Buchbinder am 15. Mai eröffnet. Ausländische Gäste sind nur aus Tschechien anwesend. Der ADGB. und befreundete Organisationen sind vertreten. Den Vorsitz haben inne Brückner-Berlin und Kornacker-Hannover.

Den gedruckt vorliegenden Jahresbericht erläutert der Verbandsvorsitzende Haueisen. Von den Kommunisten kritisiert Gäbel-Berlin die Haltung der Verbandsleitung, während Müller-Leipzig für die Fraktion der USP. spricht, die Arbeitsgemeinschaften verwirft, das Verbandsorgan „trocken wie eine Wüste fand und sich teilweise den Ausführungen seines Vorredners anschließt. Für die SPD. referiert Bruchs-Breslau, der über allem Richtungsstreit hinweg für praktische gewerkschaftliche Arbeit eintritt. Der Renegat Kloth spielt in der Diskussion auch eine Rolle. Für die Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder trat energisch Luise Krzuymin-Berlin ein, die auch der Opposition Mangel an positiven Vorschlägen vorwirft.

Ueber den weiteren Verlauf der Tagung werden wir noch berichten.

Scharfmacherpraktiken beim Berliner Landesfinanzamt

Bei den zum Landesfinanzamt Groß-Berlin gehörenden 33 Finanzämtern werden außer den Beamten Angestellte auf Privatdienstvertrag beschäftigt. Für diese gilt der Tarifvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und Preußischen Staatsverwaltungen. Die Lohnfestsetzungsstelle des Landesfinanzamtes bearbeitet zentral die Personalangelegenheiten des Landesfinanzamtsbezirks. Diese Zentralstelle ist durch ihren Obersteuersekretär Richter fortgesetzt bemüht, den Angestellten die Rechte aus dem Tarifvertrage und dem Betriebsrätegesetz zu nehmen. Verträge werden ausgearbeitet, die die tariflichen Kündigungsfristen aufheben. Angestellte werden monatelang beschäftigt, deren Verträge immer nur auf zwei Monate abgeschlossen werden, damit die Angestellten bei der Entlassung nicht auf Grund des BRG. den Schlichtungsausschuß anrufen können.

Da der Personalbedarf der einzelnen Finanzämter schwankt, ist eine Personalausgleichsstelle eingerichtet worden. Diese Stelle führt eine Liste über die zur Entlassung kommenden Angestellten. Ruft nun ein Angestellter den Schlichtungsausschuß an und bekommt recht, dann zahlt man ihm die Entschädigungssumme, sorgt aber gleichzeitig dafür, daß der Betreffende bei keinem Finanzamt wieder beschäftigt wird! — Sonst werden für jeden Quark ellenlange Berichte angefertigt, bei Personaleinstellungen genügt telefonischer Anruf bei dem schon genannten Obersteuersekretär Richter, ob die Einstellung des Betreffenden erfolgen darf. Man scheut also in diesem Fall die „Aktenkundigkeit".

Seinen Befähigungsnachweis als angestelltenfeindlicher Scharfmacher hat Herr Richter bald zur Genüge erbracht. Da das Reichsfinanzministerium sich gegen Beschwerden taub stellt, sei es hiermit auf Herrn Richter besonders hingewiesen.

Verbindlichkeitserklärung. Die tarifliche Vereinbarung zwischen dem Verband der Elektrotechnischen Installationsfirmen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, abgeschlossen am 26. Oktober 1921, ist verbindlich erklärt worden. Die Branchenkonferenz der Monteure nimmt heute zu dieser Verbindlichkeitserklärung Stellung. Die Kommissionsmitglieder werden gebeten, eine Stunde früher anwesend zu sein.

Betriebsobmänner in Kleinbetrieben! Freitag, den 19. Mai, nachmittags 6 Uhr, beginnt im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, Zeichensaal, ein drei Unterrichtsabende währender Kursus der Betriebsräteschule über „Die Stellung des Betriebsobmanns im Kleinbetriebe." Anmeldungen werden im Kursus entgegengenommen und im Büro der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelufer 24-25, 2. Hof I.

Städtische Elektrizitätsarbeiter fordern Entschuldungssummen. Die Belegschaft der Zentrale Oberspree forderte am 15. Mai in einer Betriebsversammlung „vom Magistrat eine einmalige Entschuldungssumme in der Höhe von 1000 Mark für den Monat Mai". Weiter heißt es in der betreffenden Entschließung: „Sollte wider Erwarten der Magistrat unsere Wünsche nicht berücksichtigen, so sehen wir uns gezwungen, erneut und in verschärfter Weise die Oeffentlichkeit anzurufen".

Parteiveranstaltungen

Freitag, 19. Mai.

5. **Verwaltungsbezirk**, 15., 16., 17. **Distrikt**. Männer-Chor USPD., pünktlich 8 Uhr, Uebungsstunde, Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36a. Das Erscheinen aller Sangesgenossen notwendig. Sangesfreudige Genossen willkommen.

10. **Distrikt**, 2. **Abteilung (Gesundbrunnen)**. Abends 7 Uhr, Abteilungsversammlung in der Schulaula, Christianiastraße 36/39.

10. **Distrikt, Gesundbrunnen, 1. Abteilung**. Mitgliederversammlung, abends 7½ Uhr, Schiller-Lyzeum, Böttgerstraße 16. Das Erscheinen aller Genossen notwendig.

11. **Distrikt**. Engere Vorstandssitzung beim Genossen Scheibe um 8 Uhr.

20. **Distrikt (Kreuzberg)**. Abends 7 Uhr, öffentliche Mieterversammlung in der Schulaula, Reichenberger Straße 67, Ecke Forster Straße. Tagesordnung: Das Reichsmietengesetz und seine Auswirkung auf die Mieter. Arbeitersekretär Genosse Rudolf Meck.

Kinderschutzkommission Groß-Berlin, Ausschußsitzung. Nachmittags 5 Uhr, Stadthaus, Zimmer 345.

Vereinskalender

Freitag, den 19. Mai.

Deutscher Werkmeister-Verband. Versammlung aller Werkmeister der Gesundheits-Industrie, abends 7½ Uhr im Restaurant Brandenburg, Straßburger Straße 3.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Branche: Chemische Industrie. Abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 2, Engel-Ufer 24/25, eine Vollversammlung aller Berufskollegen der Chemischen Industrie statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz Chemie. 2. Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Tiefbauarbeiter. Versammlung, abends 7 Uhr bei Boeckers Zeltsälen, Weberstraße 17. Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen.

Kunst- und Bauschlosserei. Abends 6 Uhr, Funktionärversammlung, in der Schulaula, Böttgerstraße, Ecke Pankstraße. Mitgliedsbuch eines Afa-Verbandes und Afa-Ausweis legitimieren.

Transportarbeiter-Verband. Handelsarbeiter aus allen Betrieben der Damenwäsche, abends 6 Uhr bei Witte, Poststraße 29, Gruppenversammlung.

Mieter-Verband Groß-Berlin, Gruppe Süden. Große öffentliche Mieterversammlung in der Schulaula, Mittenwalder Str. 34. Thema: Reichsmietengesetz. Referent: Adolf Herzog.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Branchenversammlung, Holzbetriebe. Abends 7 Uhr bei Wilhelm Schulz, Berlin, Elisabethstr. 30. — Branchenversammlung, Brauereien. Abends 5 Uhr bei Schulz, Berlin, Elisabethstraße 30. — Branchenversammlung, Elektrizität. Abends 7 Uhr, in der „Neuen Philharmonie", Berlin, Köpenicker Straße 96/97. — Branchenversammlung, Chemie. Abends 5 Uhr, im Lokal von Aug. Beier, Lichtenberg, Hauptstraße 99.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion 1, Gruppe „A". Buchhandel, Graphisches Gewerbe, abends 7 Uhr, Schulaula, Gallschreiberstraße 54a, wichtige Gruppenversammlung. Tagesordnung: Mitteilungen und Bericht über die Verhandlungen. — **Branche 33** (Gruppe Glas und Keramik, 5½ Uhr bei Jebsen, Melchiorstraße 15, Gruppenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin. Mitgliederversammlung, 7 Uhr, Niederwallstraße 12, Vortrag des Genossen Dr. Klauber über „Sozialisierung des Heilwesens", außerdem wichtige Organisationsangelegenheiten.

Buchbinder! Betriebsräte und Vertrauensleute der Geschäftsbuchbranche, nachmittags 4½ Uhr, wichtige Sitzung bei Baum, Stallschreiberstraße 47.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Branche Tiefbau. Abends 7 Uhr bei Schulz, Elisabethstraße 30, Branchenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der letzten Lohnrevision; 2. Bekanntgabe von der Verhandlung über den Reichstarif im Tiefbaugewerbe.

Sonnabend, den 20. Mai.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Bezirksversammlung, Schöneberg. Abends 7 Uhr bei Kopanke, Schöneberg, Eisenacher Str. 63. — Bezirksversammlung, Lichtenberg. Abends 7 Uhr bei Wörlitzer, Lichtenberg, Gürtelstraße 38.

Arbeitersport

Nach wochenlanger Zeitungsreklame und riesengroßem Tamtam werden die bürgerlichen reaktionären Sportverbände in der Zeit vom 18. bis 25. Juni die **„Deutschen Kampfspiele"** vom Stapel lassen. Unter schwarz-weiß-roten Fahnen und Hurrarufen wird man sich in patriotischen Reden beweihräuchern, es werden Exzellenzen, hohe, höchste und vielleicht auch allerhöchste Persönlichkeiten „höchstderselbst" erscheinen. Zylinder, Pickelhaube, Frack, Sabul, krumme Buckel und huldvolles Lächeln werden die Symbole sein, zu denen der Sport mit seinen „Massen" den Rahmen gibt.

Proletarier! Ihr wißt, mit wem Ihr es zu tun habt. Wenn Ihr im Betrieb, auf der Straße oder sonstwo immer von irgendwem aufgefordert werdet, eine der sicherlich zahlreichen Veranstaltungen der „Deutschen Kampfspiele" zu besuchen, dann sagt ihnen, was Ihr über diese Zumutung denkt. Sagt ihnen aber auch, daß **euer Platz bei euren Klassengenossen**, bei den **Arbeitersportlern**, ist, die am **Sonntag, den 11. Juni im Stadion Grunewald**

Berliner Arbeiter-Sportfest

abhalten. Zwar werden die bürgerlichen Sportler Zeter und Mordio schreien über den Terror der Arbeitersportler, zwar werden sie alle ihre Sünden, die nie vergessen werden, konsequent ableugnen.

Kein Proletarier den bürgerlichen Sportvereinen! Keine Mark, keine Minute eurer kostbaren Zeit den „Deutschen Kampfspielen!

Stärkt und fördert eure Klassenorganisationen, die Arbeiter-Sportverbände!

Jugendbewegung

SAJ. Gesundbrunnen. Sonntag, 21. Mai, Eltern-Wanderung: Birkenwerder-Mühlendecker See. Abfahrt 7 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen. Die Eltern und Parteigenossen werden gebeten, sich an der Wanderung zu beteiligen. Sonnabend, 20. Mai, 7½ Uhr, Funktionärsitzung bei Kornger, Badstraße 19. — **SAJ.** Bei der Maifeier in Pichelsberge ist eine Brieftasche gefunden worden. Diese ist in der Zentrale, Brunnenstraße 8/9, abzuholen.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerinek, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Siebring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75